

erhält, den Todesstoß zu versetzen und an ihre Stelle die aufbauende Wirtschaft des Kommunismus zu setzen. Aber nur die Arbeiter des Geistes und der Hand, alle die, die unter den Folgen des zerfallenden Kapitalismus leiden, nur sie haben ein Interesse an der Beseitigung der Herrschaft der Bourgeoisie, nur ihnen kann und soll für die Übergangszeit die alleinige Herrschaft im Staate übertragen werden. Und dies ist die gefürchtete Diktatur des Proletariats, die wir Kommunisten anstreben. Wir wollen nützliche, aufbauende Arbeit leisten, die Menschen befreien von Hunger, Arbeitslosigkeit, Teuerung, Wohnungsnot und Steuerdruck; wir wollen die Beseitigung des Klassenkampfes; wir wollen nicht den Terror, nicht den Bürgerkrieg; wir wollen eine Beseitigung dieser Klassengegensätze, indem wir alle politischen und wirtschaftlichen Vorrechte, alle Ausbeutung abschaffen wollen. Alle, die uns dabei helfen wollen, sind uns willkommen, müssen zu uns kommen, und alle, die uns daran hindern wollen, werden wir bekämpfen bis zum letzten Atemzug. Es gilt eine Menschheit zu befreien, und die Internationale wird diese Menschheit sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

„Bericht über den V. Parteltag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) in Berlin vom 1. bis 3. November 1920“.

Schlußwort auf dem Jenaer Parteitag der KPD

am 26. August 1921

Die Arbeit des II. Parteitages der KPD¹ ist getan. Acht Monate ihres Wirkens standen zur Kritik. Und hart und rücksichtslos, wie der Klassenkampf geführt werden muß, so ist auch unsere Kritik, die wir an uns selbst, an unserer Arbeit üben. Diese Rücksichtslosigkeit der Selbstkritik ist etwas Ungewohntes für die bürgerlichen Parteien, weshalb sie in ihren Zeitungen stets von einer Krisis in der KPD faseln, wenn hier hart gestritten wird um die zu erfüllenden Aufgaben. Bei diesem Gerede von der Krisis in der KPD und ihrem Zerfall ist lediglich der Wunsch der Vater des Gedankens, und wieder einmal steht das Bürgertum am Grabe seiner Hoffnungen.

Der Streit, der in der Partei über die verschiedenen Fragen in den letzten Monaten und auf dem Parteitage geführt wurde, diente der Klärung der Anschauungen, der Beseitigung von Fehlern und Mängeln, der Konsolidierung der Partei. Stark und geschlossen ist die Partei aus dem heftigen Kampf der Meinungen hervorgegangen, der nicht ein Zeichen der Schwäche und des Zerfalls, sondern ein Zeichen der Stärke ist. In der Heftigkeit dieses Kampfes spiegelt sich nur die Größe der Probleme wider, die das revolutionäre Proletariat zu lösen hat und bei deren Lösung die Kommunistische Partei als Führerin vorangehen muß. Alle Kräfte, die lebendig wirken im Rahmen der Partei und auf dem Boden der revolutionären Kampfdisziplin, werden angezogen von der Partei, das kommt in der Wahl der Genossin Clara Zetkin in die Zentrale zum Ausdruck. Alles, was krank ist, wird von der Partei abgestoßen, das kommt in dem Ausschluß von Geyer und Düwell zum Ausdruck.

¹ Es handelt sich hier um den VII. Parteitag der KPD seit dem Gründungsparteitag. Der VI., VII. und VIII. Parteitag erhielten als Parteitage der Vereinigten Kommunistischen Partei die Bezeichnung I., II. und III.

Der Parteitag hat gute Arbeit geleistet und neues Rüstzeug geschaffen für die kommenden Kämpfe. In den angenommenen Resolutionen und dem Manifest werden die Richtlinien für unsere großen Aufgaben bezeichnet.

Es gilt jetzt hinauszugehen und in die Tat umzusetzen, was der Parteitag unter Anlehnung an die Beschlüsse des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale beschlossen hat. Es gilt die Parteiorganisationen zu stärken, damit die Partei ihre große Aufgabe als Kampforganisation erfüllen kann.

Durch die Märzaktion sind sowohl durch den Kampf wie durch die gebrachten Opfer die Parteimitgliedschaften zu einer wirklichen Kampfgemeinschaft zusammengeschweißt worden. Das kommt auch symbolisch darin zum Ausdruck, daß der Parteitag einstimmig beschlossen hat, den Namen der Partei zu ändern. Die Bezeichnung „Vereinigte KPD“ war bei der Gründung der Partei ein Kompromiß zwischen zwei Parteien. Heute sind die Parteimitgliedschaften bereits so miteinander verschmolzen, daß diese Bezeichnung überflüssig ist.

Wir sind als die Kommunistische Partei Deutschlands die einzige Sektion der Kommunistischen Internationale in Deutschland, und unsere Aufgabe ist es, die Hoffnungen und Ansprüche zu erfüllen, die das deutsche wie das Proletariat der ganzen Welt an uns stellt. Dabei dürfen wir kein Opfer scheuen. Wir gedenken der Opfer, die der Kampf bisher, und besonders wieder in der Märzaktion, von der KPD gefordert hat. Wir geloben bei dem Gedenken an unsere gefallenen und eingekerkerten Genossen, den Kampf mit aller Kraft fortzuführen, für den sie leiden und für den sie gefallen sind.

Heran an die Massen! Sie zu gewinnen für unsere Anschauungen, sie vor dem Fatalismus zu bewahren, sie zu Kämpfern zu erziehen, sie in den Kampf zu führen gegen das Unternehmertum und seine staatlichen Hilfswerkzeuge, gegen die bewaffnete Konterrevolution, mit den Massen zu siegen über das Elend und die Knechtschaft, mit den Massen die kommunistische Gesellschaft aufzubauen — das ist die gigantische Aufgabe der Kommunistischen Partei.

Daß jeder von uns das höchste Maß von Kraft und Zeit an die

Erfüllung dieser Aufgabe setzen will, das fassen wir als
löbnis zusammen in dem Rufe: Es lebe die Kommunistische
Partei Deutschlands, die Kommunistische Internationale, die
Weltrevolution!

*„Bericht über die Verhandlungen des II. (VII.)
Parteitages der Kommunistischen Partei
Deutschlands (Sektion der Kommunistischen
Internationale) in Jena vom 22. bis
26. August 1921“.*

...
s
L
S
g
in
so
du
nä
me

Die Kommunistische Partei Deutschlands seit dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale

In der kurzen Zeitspanne von einem Viertel Jahren, die zwischen dem III. und IV. Weltkongreß liegt, haben sich in Deutschland ganz erhebliche Veränderungen vollzogen. Die Entwertung der deutschen Mark ist in Riesensprüngen vor sich gegangen, die Goldmark stieg von 16 auf 1000 Papiermark, also eine 60fache Entwertung der Papiermark, der Dollar stieg von 70 auf 9000 Mark, weist also eine 130fache Steigerung auf. Die absolute Verelendung des Proletariats, die in dem wachsenden Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen ihren zahlenmäßigen Ausdruck findet, ist rapid gestiegen. Die Kosten der wöchentlichen Lebenshaltung der Arbeiter stiegen von 583 auf 18 819 Mark, die durchschnittlichen Löhne nur von 350 auf 4500 Mark, also eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten um das 30fache, während die Löhne nur um das 13fache erhöht wurden. Der Finanzbankrott des Reiches und der Gemeinden wird immer katastrophaler: Die schwebende Schuld des Reiches stieg von 214 auf 200 Milliarden Mark, der Banknotenumlauf von 75 auf 470 Milliarden Mark. Stinnes wurde, nachdem sein Konkurrent Rathenau durch Meuchelmord beseitigt, zum wirklichen Wirtschafts- und Finanzdiktator des Reiches, dem sich die Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Parteiführer willig zur Verfügung stellen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei schloß sich der Bourgeoisie an, um mit ihr nunmehr ganz offen an der Seite der Bourgeoisie die Koalitionspolitik zu treiben, durch die die Arbeiterschaft immer tieferes Elend, vermehrte Ausbeutung und Knechtung hinabgedrückt wird. Die Kommunistische Partei wurde ihre Arbeit zur wirklichen Massenpartei des revolutionären Proletariats, reinigte sich von allen opportunistischen Elementen und baute mit fester Hand ihre Organisation aus.

Das sind Veränderungen, die in ihren weiteren Auswirkungen heftige revolutionäre Klassenkämpfe hervorrufen müssen, die die Kommunistische Partei vor große Aufgaben stellen. Sie wird diese Aufgaben nur lösen in Fortführung der Taktik, die von dem III. Weltkongreß beschlossen und die von der Kommunistischen Partei mit bestem Erfolg durchgeführt wurde. Hinein in die Massen, um sie zu gewinnen für den revolutionären Klassenkampf zum Sturze der Bourgeoisie und Aufrichtung der proletarischen Rätemacht! — das war der Ruf des III. Weltkongresses, dem die KPD gefolgt ist.

Auf dem III. Weltkongreß stand die KPD im Mittelpunkt der Debatten über die Taktik der Kommunistischen Internationale, wobei die deutsche Märzaktion als die Anwendung einer sogenannten Offensivtheorie beurteilt wurde. Die Partei stand dabei in dem Verdacht, daß sie bewußt eine Aktion unternommen habe, ohne für eine genügende Vorbereitung einer solchen Aktion in den Massen des Proletariats gesorgt zu haben. Die Niederlage, die die Partei bei dieser ihr aufgezwungenen Aktion erlitt, wurde vielfach sehr übertrieben, wenngleich die Partei durch die Verfolgungen und Verleumdungen zunächst in ihrer Propaganda sehr gehemmt wurde. Aber die für die Arbeiterschaft verhängnisvollen Auswirkungen der Koalitionspolitik mit ihrer wachsenden Teuerung und ihrem Steuerdruck gaben der Partei die beste Gelegenheit, diesen Rückschlag schnellstens zu überwinden. Durch eine intensive Propaganda unter den proletarischen Massen, innerhalb der Betriebe und Gewerkschaften und unter unmittelbarer Anlehnung an ihre Tagesnöte, gelang es der Partei in wachsendem Maße, das Vertrauen der Massen zu gewinnen. Die Partei lernte auch, was ihr vorher nie recht gelang, ihre Agitationskraft durch systematisch geführte Kampagnen zu steigern.

Unmittelbar nach dem III. Weltkongreß setzte die Partei Anfang Juli mit einer Kampagne für die Rußlandhilfe ein. Dann folgte Ende August die Kampagne gegen die Konterrevolution aus Anlaß des Erzbergermordes, daran schloß sich Ende September eine Agitation gegen die von der Sozialdemokratie auf ihrem Görlitzer Parteitag beschlossene Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Ende Oktober setzte die Partei mit einem um-

fassenden Kampf gegen die Teuerung ein, die durch den Fall der Mark besonders gesteigert wurde. Der wachsende Einfluß der Partei zwang die Gewerkschaftsführer, zehn Forderungen zur Behebung der Not aufzustellen, ohne aber ernste Anstrengungen für einen wirksamen Kampf um diese Forderungen zu machen. Die Erfassung der Sachwerte, die von der KPD als revolutionäre Forderung aufgestellt worden war, befand sich in abgeschwächter Form auch unter den Forderungen der Gewerkschaften, aber die Arbeitermassen begriffen nur zu gut, daß weder die Gewerkschaften noch die Sozialdemokratie für diese Forderungen die Massen zum Kampf aufrufen wollten und es nur die KPD war, die den Massen in ihrer Not beistand. Von dieser Erkenntnis der Massen suchte die SPD abzulenken durch die bekannten „Enthüllungen“, die sie Ende November über die Märzaktion der KPD machte. Leider wurde die SPD in diesem Ablenkungsmanöver unterstützt von einer Anzahl Mitglieder der Partei, die mit Paul Levi glaubten, die KPD müsse sich durch eine öffentliche Buße von der Märzaktion „reinigen“, wenn sie lebensfähig bleiben wolle. Die Massen hatten aber inzwischen längst begriffen, daß die Märzaktion der KPD nicht ein von ihr gemachter Putsch, sondern eine notwendige Abwehraktion gegen das ausbeutungslüsterne Unternehmertum und gegen die ihm beistehende Staatsgewalt war. Von Monat zu Monat stieg der Druck des Unternehmertums auf Verlängerung der Arbeitszeit, stieg der indirekte Lohnabbau durch die Geldentwertung, stieg der Steuerdruck. Im Januar setzte die Partei mit einer Kampagne gegen das Steuerkompromiß ein, wie es zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie auf Kosten der Arbeiterklasse geschlossen wurde. Mitten in diese Kampagne hinein fiel im Februar der Eisenbahnerstreik, der, zunächst ausgehend von den Lokomotivführern, sich bald über das gesamte Eisenbahnpersonal erstreckte. Auch hier war die wachsende Not der Anlaß des Streiks, und der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert hatte dagegen kein anderes Mittel als eine Aufhebung des Streikrechts unter Androhung der Entlassung sowie der Verhaftung der Streikführer und der Beschlagnahme der Streikunterstützungsgelder. Die ganze Meute der Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Parteiführer kläffte gegen die streikenden Eisen-

bahner, weil diese in ihrer Not den Streik ohne die Genehmigung dieser Führer begonnen hatten. Unter diesem Verrat der Arbeiterinteressen brach der Streik zusammen. Die KPD hatte diesem Streik einheitlich über das ganze Reich die kräftigste Unterstützung gegeben, obgleich die Eisenbahner in Verkennung des Charakters ihres Kampfes ihn nur gewerkschaftlich führen wollten. Zum großen Verdruß der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer, einschließlich der aus der Partei herausgeflogenen kommunistischen Arbeitsgemeinschaftler, wandten sich die Massen immer mehr der KPD zu.

Die gemeinsame Not der Arbeiter und Angestellten, gesteigert durch die kapitalistische Erfüllungspolitik, verschaffte dem Bestreben der KPD auf Herbeiführung der nationalen und internationalen Einheitsfront des Proletariats immer größeren Anhang. Die Genuaer Konferenz bot der KPD den Anlaß, ihr die Forderung nach einem Arbeiter-Weltkongreß mit der besonderen Forderung der Unterstützung der Sowjetunion gegen die imperialistischen Mächte entgegenzusetzen. Besonders wurde die Berliner Konferenz der drei Internationalen von der Partei benutzt, um die Arbeiterschaft zu einer starken internationalen Solidaritätsaktion aufzurütteln. Das schmachliche Verhalten der Vertreter der II. und II^{1/2}. Internationale auf dieser Konferenz, wo sie das Zustandekommen eines solchen Arbeiter-Weltkongresses verhinderten, hat auch in Deutschland weiteren Arbeitermassen die Augen über die reaktionäre Politik dieser Führer geöffnet. Zweimal hielt die Zentrale der KPD mit dem französischen Zentralkomitee Besprechungen über gemeinsame Aktionen des deutschen und französischen Proletariats gegen die kapitalistische Erfüllungspolitik ab und gab entsprechende gemeinsame Aufrufe heraus, wie die Partei auch sonst mit den übrigen ausländischen Bruderparteien engste Beziehungen unterhalten hat.

Die Konterrevolution in Deutschland organisierte sich unter dem Schutze der Koalitionspolitik immer kräftiger und rüstete zu einer allgemeinen Kundgebung am 28. Juni, dem Erinnerungstage des Versailler Friedensabschlusses. Die Partei wandte sich in einem offenen Brief an die zentralen Spitzenkörperschaften der Gewerkschaften sowie der SPD und USP. Diese lehnten aber ein einheitliches Vorgehen mit den Kommunisten ab und

bewiesen der Arbeiterschaft damit erneut, daß sie und nicht die Kommunisten eine einheitliche Kampffront der Arbeiter verhinderten. Gleichzeitig bereiteten diese Führer eine vermehrte Bewucherung durch die Erhöhung des Brotgetreidepreises im Reichstage vor. Mitten in diese Pläne der Konterrevolution und der Koalitionsparteien knallte der Schuß auf Walter Rathenau, der die gesamte Arbeiterschaft mehr als alle Not zu einer gemeinsamen Aktion zusammenriß. Die Partei stellte auch hierbei an die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei die Forderung auf gemeinsame Verhandlungen über die zu treffenden Maßnahmen, ohne sich dabei irgendwie des Rechtes auf freie Kritik und eines selbständigen Vorgehens zu begeben, falls die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer auch diesmal wieder eine wirkliche Aktion der Arbeiter verhindern würden. Die Partei verlangte energische Maßnahmen gegen die Konterrevolution, die sofortige Freilassung der revolutionären politischen Gefangenen und Bruch mit der Koalitionspolitik. Die Partei- und Gewerkschaftsführer suchten einer wirklichen Massenaktion des Proletariats dadurch zu begegnen, daß sie durch parlamentarische Verhandlungsmanöver im Reichstage die Massen irreführten. Das im Reichstage beschlossene „Schutzgesetz für die Republik“ gegen die Konterrevolution wurde zu einem Trutzgesetz gegen die Revolution, insbesondere gegen die Kommunisten, und die beschlossene Amnestie war nur eine halbe, weil von ihr gerade die proletarischen Kämpfer ausgenommen wurden, die wegen ihrer Beteiligung an den revolutionären Aktionen von den Blutgerichten als „gemeine Verbrecher“ zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden sind. Die KPD versuchte die Arbeiterschaft zur Bildung von Kontrollausschüssen gegen die Konterrevolution und zum Generalstreik für die Durchführung der gestellten Forderungen zu mobilisieren. Sie forderte die Auflösung des Reichstags unter den Parolen: Kampf gegen die Konterrevolution, Erfassung der Sachwerte, Kampf gegen Teuerung und Steuerdruck und Bildung einer Arbeiterregierung. Die Kraft der Partei reichte aber noch nicht aus, um die Massen gegen den Willen der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführer zu einer ernstesten Aktion um diese Forderungen zu bringen.

Aus diesem Grunde konnten sich diese Führer auch noch gestatten, an Stelle einer stärkeren Kampffront gegen die Konterrevolution und gegen die bürgerlichen Parteien eine Stärkung der Koalitionsfront gegen die Revolution dadurch herbeizuführen, daß die USPD-Führer sich verpflichteten, in diese Koalitionsfront einzutreten. Um den Judaslohn einiger Ministerposten in der Koalitionsregierung stimmten die USPD-Führer für das Brotwuchergesetz und gaben den Kampf gegen die Konterrevolution auf. Die Frucht dieses Verrates an den Arbeiterinteressen war dann die im September erfolgte Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Die KPD setzte nach Abschluß ihrer Kampagne gegen die Konterrevolution mit einer erneuten Kampagne gegen die unerhört gestiegene Teuerung ein, die durch die immer stärkere Entwertung der Mark infolge des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft und des Ausganges der Londoner Konferenz hervorgerufen wurde. Es gelang der Partei die Arbeiterschaft in den Betrieben gegen das wachsende Elend stärker als früher zu mobilisieren und durch die Betriebsräte eine einheitliche Kampffront herzustellen. Durch die Wahl von Kontrollausschüssen zum Kampf gegen die Not und durch die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses zur Stärkung dieser Einheitsfront hat diese Bewegung einen sehr starken Impuls bekommen, gegen den die Partei- und Gewerkschaftsführer durch eine schamlose Hetze gegen die Kommunisten und durch parlamentarische Ablenkungsmanöver mit aller Kraft anzukämpfen versuchen. Besonders versuchen sie in den Gewerkschaften die Kommunisten mundtot zu machen, indem sie damit begonnen haben, die Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen. Auch daraus wird den Arbeitern offenbar, daß nicht die Kommunisten, sondern die Gewerkschaftsführer die Spalter der Gewerkschaften sind. Nach wie vor versucht die Partei ihren Einfluß in den Gewerkschaften dadurch zu steigern, daß sie die Mitglieder von der Notwendigkeit revolutionärer politischer Massenkämpfe zu überzeugen versucht und sie in ihrem Kampfe um mehr Lohn und gegen vermehrte Ausbeutung mit aller Kraft unterstützt.

Wie die Partei im allgemeinen ihre ganze Kraft zur Stärkung des revolutionären Kampfes der Arbeiter einsetzte, so hat sie

auch im besonderen durch ihre Arbeit auf dem Gebiete der Landpropaganda, der Frauen- und Jugendagitation, der Genossenschaftsarbeit und der Kommunalpolitik versucht, immer größere Massen unter ihre Führung zu bringen. In den Reichs- und Landesparlamenten haben die Kommunisten in engster Verbindung mit den arbeitenden Massen und ihren Kämpfen deren Steigerung herbeizuführen und den Arbeitern die reaktionäre Politik der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien aufzuzeigen versucht. Der Erfolg dieser Gesamtarbeit der Partei zeigt sich nicht nur in den starken Wahlerfolgen bei den im letzten Sommer erfolgten Gemeindewahlen, er zeigt sich vor allem in dem wachsenden Vertrauen der breiten Arbeitermassen zur Kommunistischen Partei.

Die vielen Kämpfe, die die Kommunistische Partei seit ihrem Bestehen geführt hat, und die vielen Verfolgungen, denen sie ausgesetzt war, haben lange gehindert, den Parteaufbau so zu befestigen, daß auch dadurch die Stoßkraft der Partei erhöht wurde. Erst nach der Märzaktion 1921 ging die Partei ernstlich daran, durch eine straffe organisatorische Erfassung ihrer Anhänger und durch die Errichtung von Zehnergruppen einen wirklichen Arbeitskörper der Partei zu schaffen. Die Mitgliederzahlen der Partei, die nach dem Vereinigungsparteitag schätzungsweise auf rund 450 000 angenommen wurden, erwiesen sich bei der wirklichen organisatorischen Erfassung als viel zu hoch gegriffen. Auch auf dem Jenaer Parteitag im August 1921 konnten genaue Zahlen noch nicht gegeben werden, weil teils infolge der Märzaktion, teils wegen eines ungenügenden organisatorischen Apparates eine genaue Registrierung der Mitglieder noch nicht durchgeführt war. Erst im Laufe des letzten Jahres ist es gelungen diese Arbeit ernstlich durchzuführen. Die regelmäßige Einkassierung von Beiträgen und ihre Verrechnung mit der Zentrale läßt zwar auch noch manches zu wünschen übrig, so daß die Zahl der auf Grund der an die Zentrale abgeführten Beitragsanteile errechneten Mitgliederzahl niedriger ist als die in den Mitgliederlisten registrierten Mitglieder. Wurde im Vorjahre zum Teil noch schätzungsweise die Mitgliederzahl auf 359 613

angegeben, so zählt die Partei jetzt nach den Angaben der Ortsgruppen 328 017 Mitglieder. Auf Grund der an die Zentrale abgeführten Beiträge ergibt sich eine Mitgliederzahl von 255 883, der im Vorjahre eine auf der gleichen Basis errechnete Mitgliederzahl von 157 168 gegenüberstand. Gerade aus den beiden letzten Zahlen ergibt sich die gesunde organisatorische Vorwärtentwicklung der Partei. Die steigende Geldentwertung zwingt die Partei, die Mitgliederbeiträge fortgesetzt zu erhöhen. Gegenüber einem Mindestwochenbeitrag von 75 Pfennig im Vorjahre steht jetzt ein solcher Wochenbeitrag von 15 Mark, der, auf den Monat berechnet, einem durchschnittlichen Stundenlohn gleichkommt. Zu diesem Mindestbeitrage werden in den Gebieten, wo höhere Stundenlöhne gezahlt werden, entsprechende Lokalzuschläge erhoben. Außerdem haben die Mitglieder der Kommunistischen Partei ihre Opferwilligkeit bei den Sammlungen für die „Rote Hilfe“ zur Unterstützung für die Inhaftierten und insbesondere für die Rußlandhilfe bewiesen. Die Partei hat 38 Tageszeitungen (wovon 17 Kopfblätter sind) mit insgesamt 338 626 Abonnenten. Die unerhörte Steigerung der Herstellungskosten der Zeitungen zwingen die Partei ebenfalls zu einer außerordentlichen Erhöhung der Bezugspreise, wodurch die Gewinnung von Abonnenten sehr erschwert wird. Der monatliche Abonnementspreis der „Roten Fahne“ mußte von 10 auf 300 Mark erhöht werden, ohne daß dadurch die Steigerung der Herstellungskosten auch nur einigermaßen ausgeglichen werden konnte.

Für die Propaganda unter den Gewerkschaftsmitgliedern in Stadt und Land gab die Partei die vierzehntägig erscheinende Zeitung „Der kommunistische Gewerkschafter“ in einer Auflage von 33 000 Exemplaren, für die Agitation unter den Frauen die vierzehntägige Zeitung „Die Kommunistin“ in 29 000 Exemplaren und für die Agitation unter den Kleinbauern die monatliche Zeitung „Der Pflug“ in einer Auflage von 5000 heraus. Für die in den Kommunen tätigen Genossen wurde eine monatlich erscheinende Zeitung „Die Kommune“ in einer Auflage von 3000 Exemplaren herausgegeben. Die vierzehntägig erscheinende wissenschaftliche Zeitschrift „Die Internationale“ erschien in einer Auflage von 3500 Exemplaren. Die ungeheuren Druck- und Papierpreise legen der Partei auch eine sehr starke Einschränkung

ihrer schriftlichen Propaganda auf. Aber trotz all dieser Schwierigkeiten hat es die Partei verstanden, ihre Organisation so auszubauen, daß sie auch dadurch den Kämpfen gewachsen ist, denen die Arbeiterschaft unzweifelhaft entgegengieht.

Im Reichstag ist die Partei jetzt nur noch durch 13 Genossen vertreten, nachdem durch die Parteidifferenzen 13 Genossen aus der Partei ausschieden, ohne ihre Mandate der Partei zur Verfügung zu stellen. In den verschiedenen Landtagen ist die Partei mit 76 Genossen, in den Provinziallandtagen mit 69, in 420 Städten mit 12 015 Stadtverordneten, in 479 Gemeinden mit 1507 Gemeindevertretern und in 67 Kreistagen mit 281 Genossen vertreten.

Durch ihre Fraktionsarbeit auf allen Gebieten des proletarischen Klassenkampfes hat sich die Partei einen tüchtigen Funktionärkörper geschaffen, und durch ihre Bildungsarbeit versucht die Partei ihre Mitglieder zu theoretisch und politisch klaren Kämpfern für unsere Ziele heranzubilden. Zweimal ist eine Parteischule abgehalten worden, zu der Schüler aus dem ganzen Reiche zugezogen wurden. Das erste Mal dauerte der Kursus einen Monat, das zweite Mal drei Monate, und das Resultat der Kurse verspricht eine wirksame Behebung des Mangels an tüchtigen leitenden Kräften der Partei.

Die Übersicht, die in den vorstehenden Kapiteln über die Arbeit der Partei seit dem III. Weltkongreß zu geben versucht wurde, kann infolge des zur Verfügung stehenden Raumes nur äußerst skizzenhaft sein. Viele Arbeiten konnten nicht einmal auch nur angedeutet werden. Die Partei hat nach Maßgabe der ihr zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel ein großes Stück Arbeit für die revolutionäre Bewegung des Proletariats geleistet, sie ist sich klar über die Mängel, die ihrer Arbeit noch anhaften, und ist bemüht, diese Mängel zu beseitigen. Die politische Situation und die Wirtschaftslage in Deutschland legen der Partei ein großes Maß von Verantwortung für die revolutionäre Bewegung auf und stellen sie vor Aufgaben, die sie nur unter stärkster Ausnutzung ihrer Kräfte erfüllen kann. Die Partei schickt ihre

Delegierten zum IV. Weltkongreß in der Erwartung, daß **auch** dieser Kongreß, wie seine Vorgänger, zur weiteren Stärkung der revolutionären Kämpfe und zur Vorbereitung des proletarischen Sieges über die Bourgeoisie und der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats beitragen wird.

*„Internationale Presse-Korrespondenz“, Nr. 216,
9. November 1922.*

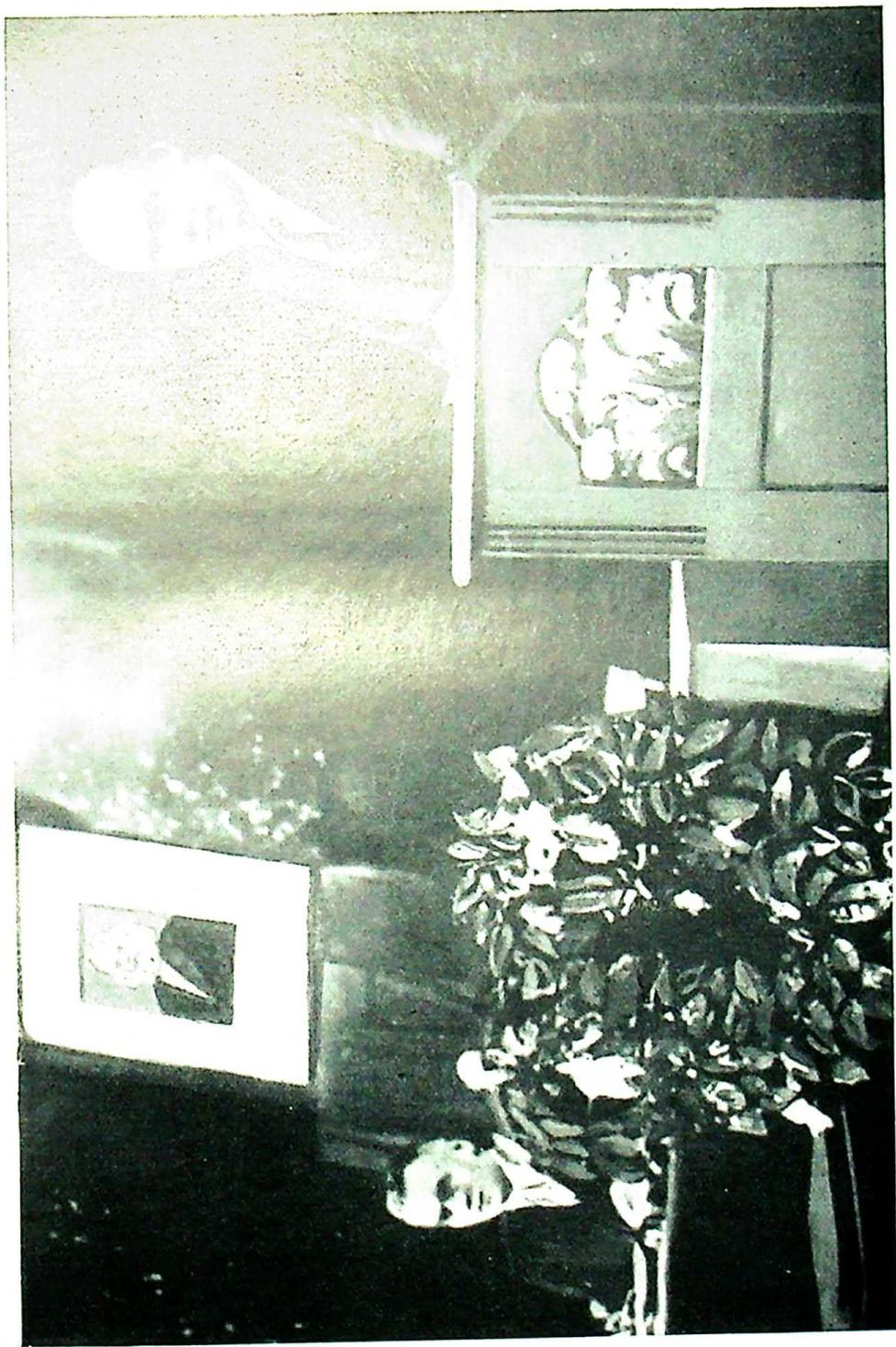
Das Verbot der KPD

Am 22. November 1923 wurde in Deutschland die Kommunistische Partei durch den von dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert mit der Militärdiktatur beauftragten General Seeckt verboten. Die Ausführung des Verbots wurde den einzelnen Wehrkreiskommandos übertragen, die in allen Orten die Büros, Druckereien und Buchhandlungen der Partei mit Hilfe der Polizei besetzten und versiegelten. Die Durchführung dieser Maßnahmen war in den einzelnen Wehrkreisen sehr verschieden. In einzelnen Fällen gingen die Behörden bis zur völligen Ausräumung der Parteistrukturen über. Das Parteieigentum wurde für beschlagnahmt erklärt und die Unterstützung der Partei, gleichviel in welcher Form, mit schwersten Strafen bedroht. Neben der KPD wurde auch die konterrevolutionäre deutschvölkische Freiheitspartei verboten; aber die Ausführung des Verbots wurde gegenüber dieser Partei in wesentlich milderer Formen vollzogen. Den Abgeordneten dieser Partei wurden sofort die in den Parteibüros befindlichen Arbeitszimmer wieder zur Verfügung gestellt. Die Kommunistische Arbeiterpartei, die Anarchisten und Syndikalisten fielen nicht unter das Verbot, weil sie nach Meinung der Behörden nur radikale Theorien vertreten, aber praktisch dem Staat keine Schwierigkeiten machen.

Das Verbot traf die KPD nicht unerwartet. Schon seit Wochen wurde die Partei von den Behörden aufs schwerste verfolgt, viele Verhaftungen von Parteifunktionären vorgenommen, Parteikonferenzen ausgehoben und Zeitungen verboten, so daß die Partei ohnehin genötigt war, sich auf die illegale Arbeit einzustellen. Infolgedessen wurde auch das Verbot der Partei zunächst von den Genossen nicht allzu ernst genommen. Sie sagten sich, daß eine Partei von 350 000 Mitgliedern nicht mehr zu verbieten sei und sie infolgedessen auch den Parteiapparat nicht wesentlich umzustellen brauchten. Dieser Auffassung kam der zunächst bestehende Gegensatz zwischen der zivilen und der militärischen

Exekutive entgegen. Der zivile Polizeiapparat fühlte sich beiseite geschoben, während der militärische Apparat noch nicht über die Vollzugsorgane verfügte, die das Verbot der Partei sofort faktisch durchzuführen vermocht hätten. Aber der General Seeckt, der zu den klügsten Leitern der Konterrevolution gehört, erstrebt mit allen Kräften die faktische Durchführung des Verbots der Partei. Er hat sich in der Regierung eine Million Goldmark zum Aufbau des militärischen Vollzugsapparates bewilligen lassen, um jede Tätigkeit der Partei zu unterbinden. Er hat die Aufhebung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten in den Reichs- und Landesparlamenten in Aussicht genommen, um die Abgeordneten in Schutzhaft nehmen zu können und so auch die Verbindung zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern unmöglich zu machen. Außerdem soll eine scharfe Grenzüberwachung einsetzen.

Die Zentrale der KPD hat sofort am Tage des Verbots erklärt, daß die Partei bestehenbleibt und daß sie den Kampf gegen die Militärdiktatur mit gesteigerter Kraft fortsetzen wird. Um aber der Militärgewalt ihre Absicht auf Lahmlegung des Parteiapparats und die Verhaftung der Funktionäre nicht zu erleichtern, hat die Zentrale die bisherige legale Form des Parteiapparats für aufgehoben erklärt. An die Spitze der Partei tritt ein Direktorium, das seinen Sitz im Auslande nimmt. Alle Funktionäre der Partei werden ihres Postens enthoben, alle Mitgliedsbücher und Parteiausweise verlieren ihre Gültigkeit. In den Parteibezirken treten an Stelle der bisherigen Leitungen ebenfalls Direktorien oder Dreierkomitees. Die bisherigen Parteimitglieder schließen sich zu Fünfergruppen zusammen. Es wurden sofort die Mitglieder der Zentrale in die Bezirke entsandt, um die Parteiorganisationen von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen und sie auf die durch das Verbot geschaffene Lage einzustellen. Im allgemeinen wurden die getroffenen Maßnahmen von den Parteigenossen als unbedingt notwendig begriffen und sofort geeignete Schritte für ihre Durchführung unternommen. Immerhin wird es noch einiger bitterer Erfahrungen bedürfen, bevor die Genossen wirklich die Parteiarbeit so verrichten, daß sie sich vor den Verfolgern schützen und doch die Parteiarbeit mit gesteigerter Kraft fortsetzen.



Wilhelm Pieck auf dem XI. Parteitag der KPD in Essen, 1. bis 7. März 1927. Am Rednerpult: Ernst Thälmann.

z
e
u
in
An
we
auf
jede
Mitg
Parte
Mitg
gekün
verbu
einzel
befürch
rende Z
Wohnbe
5 Pleck.

werden. Diese Genossen sehen das Verbot der Partei immer noch nicht als eine Realität an. Sie glauben nach wie vor, den bisherigen Parteiapparat erhalten zu können, und betrachten die Betriebszellen nur als ein Ressort der allgemeinen Arbeit der Partei. Die Partei wird und muß mit aller Energie dieser Auffassung entgentreten, weil sonst die Gefahr entsteht, daß die Partei durch das Verbot ihrer bisherigen legalen Form wirklich in ihrer Arbeit gelähmt und viele ihrer Funktionäre in die Kerker geworfen werden, oder aber die Parteigenossen sich in den Wohnbezirken in kleinen illegalen Zirkeln verlieren. Nur die Betriebszelle gibt der Partei die Möglichkeit, eine wirkliche Mobilisierung der Massen zum aktiven Kampf durchzuführen. Das Verbot der Partei hat ihr die Arbeit wohl etwas erschwert, aber bisher in keiner Weise gelähmt. Es wird der größten Energie bedürfen, daß bei der zu erwartenden verschärften Verfolgung der Kommunisten diese Arbeit nicht nur fortgesetzt, sondern gesteigert wird. Die wirtschaftliche und politische Situation in Deutschland verschärft von Tag zu Tag den Konflikt zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, der seine Lösung nur durch den bewaffneten Aufstand der Arbeiterschaft gegen seine Klassenfeinde und deren Helfer finden wird. In der KPD sieht das deutsche Proletariat in wachsendem Maße seine Führerin, und sie ist gewillt, dieses Vertrauen nicht nur zu rechtfertigen, sondern auch die Organisation der Partei so zu gestalten, daß sie in allen Wechselfällen des Kampfes immer die geschlossene Vorhut des Proletariats bildet, die sie zum Kampfe und zum Siege führt. Neben dieser Arbeit durch die Betriebszelle versucht die Partei durch die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften und in den übrigen Arbeiterorganisationen die Massen von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes zu überzeugen und sie für diesen Kampf zu gewinnen. Diese Arbeit ist bisher von gutem Erfolge gewesen, immer breiter und tiefer wird die einheitliche Kampffront des Proletariats. Wohl ist es der Partei bisher noch nicht gelungen, diese Massen auch mit Kampfbereitschaft zu erfüllen, durch die es der Partei möglich gewesen wäre, in diesen Tagen das deutsche Proletariat zum bewaffneten Kampf um die Macht zu führen. Die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Lakaien wissen aber, daß durch

die KPD diese Kraft erzeugt wird, und daher ihr Haß gegen die KPD und der Versuch, sie durch das Verbot in ihrer revolutionären Arbeit lahmzulegen.

„Prawda“, Moskau, 16. Dezember 1923.

Abgedruckt nach dem deutschen Original.

„Ich war, ich bin, ich werde sein!“

*Rede bei der Enthüllung des Denkmals in Friedrichsfelde
am 13. Juni 1926*

Genossinnen und Genossen! Von der Hülle befreit, steht jetzt das Denkmal, das ihr den im Bürgerkrieg gefallenen und ermordeten Kampfgenossen errichtet habt, vor euch! Einfach, massig, wuchtig, wie die revolutionäre Kraft des Proletariats erhebt es sich auf dieser Grabstätte unserer Führer und Kampfgenossen.

Vor zwei Jahren, am 15. Juni 1924, legten wir den Grundstein dazu. Auch damals konnte nur eine kleine Schar von Genossen an diesem Akte teilnehmen, weil der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter jede Massendemonstration verboten und angedroht hatte, mit den schärfsten Mitteln jede Ansammlung auseinanderschlagen zu lassen. Die Schutzpolizei war in Massen dafür aufgeboden.

„Die Rote Fahne“ erschien an diesem Tage wieder zum erstenmal, nachdem sie am 18. Mai von demselben Polizeipräsidenten auf vier Wochen verboten worden war, weil sie die Arbeiter zum Kampf gegen die Faschistenparaden, insbesondere gegen die in Fürstenwalde am 18. Mai, aufgerufen hatte.

Heute kann die Enthüllung des Denkmals ebenfalls nur vor einem kleinen Kreis von Genossen erfolgen, aber diesmal aus dem Grunde, weil die werktätigen Massen in den Straßen Berlins gegen den Aufmarsch der Konterrevolution demonstrieren. Wieder ist in Massen die Schutzpolizei aufgeboden zum Schutz der Konterrevolution, bereit, auf die Arbeiter einzuschlagen und zu schießen. Schutz der Konterrevolution und Niederschlagung der revolutionären Bewegung, das hält damals wie heute die von sozialdemokratischen Führern geleitete Staatsgewalt für ihre Aufgabe. Wir werden aber in vier Wochen, am 11. Juli, durch eine Massendemonstration nach Friedrichsfelde die eigentliche Einweihung des Denkmals vornehmen, wo die Massen an der Gräberstätte und dem Denkmal vorbeimarschieren werden.

Wie dieses Denkmal uns stets erinnern soll an die blutigen Kämpfe, die vom Proletariat um seine Befreiung aus Not und Knechtschaft und gegen die Konterrevolution geführt wurden, und an die schmachvollen Dienste, die ihr die sozialdemokratische Führerschaft schon geleistet hat, so soll uns das Denkmal mit der von ihm wehenden roten Fahne und dem an ihm leuchtenden Sowjetstern ständig ein Mahnzeichen zum Kampf sein, zum Sammeln der Massen für den Kampf, zur Organisierung der Revolution und der höchsten Kraftentfaltung, um sie zum Siege zu führen. In diesem Geiste ehren wir unsere gefallenen und ermordeten Führer und Kameraden.

Und wie vom Proletariat der Kampf um seine Befreiung durch die Revolution den höchsten Heroismus verlangt, so sind uns auch unsere toten Kameraden Helden der Revolution.

Den toten Helden der Revolution! Ihnen ist das Denkmal geweiht. So wird die Inschrift des Denkmals lauten. Daneben die trotzigen und zuversichtlichen Worte, die Ferdinand Freiligrath die Revolution sagen läßt:

„Ich war, ich bin, ich werde sein!“

Im Namen der revolutionären Arbeiterschaft, die dieses Denkmal errichtete, danke ich den Künstlern, die uns dieses grandiose Werk haben schaffen helfen, danke ich der Bauleitung und den Bauarbeitern der „Bauhütte“, denen es nur durch die größte Anstrengung möglich war, in einer sehr kurzen Zeit das Denkmal bis zum heutigen Tage fertigzustellen. Ich danke auch der Friedhofsverwaltung für das uns bei dem Bau bewiesene Entgegenkommen und den Friedhofsarbeitern für die Sorgfalt, mit der sie die Grabstätten unserer gefallenen Helden herrichteten und pflegen.

Aber das Denkmal ist noch nicht fertig. Der am Denkmal befindliche Sowjetstern ist in seiner Materialausführung ein Provisorium, die Inschriften fehlen — aus Mangel an Mitteln.

Helft weiter, die Mittel für die Fertigstellung aufzubringen! Helft schnell, damit wir sie bis zum 11. Juli schaffen.

Genossinnen und Genossen! Gestattet mir einen kurzen Rückblick auf die Geschichte dieser Grabstätte.

Sie war von dem Berliner Magistrat der damaligen Zeit ge-

„Ich war, ich bin, ich werde sein!“

*Rede bei der Enthüllung des Denkmals in Friedrichsfelde
am 13. Juni 1926*

Genossinnen und Genossen! Von der Hülle befreit, steht jetzt das Denkmal, das ihr den im Bürgerkrieg gefallenen und ermordeten Kampfgenossen errichtet habt, vor euch! Einfach, massig, wuchtig, wie die revolutionäre Kraft des Proletariats erhebt es sich auf dieser Grabstätte unserer Führer und Kampfgenossen.

Vor zwei Jahren, am 15. Juni 1924, legten wir den Grundstein dazu. Auch damals konnte nur eine kleine Schar von Genossen an diesem Akte teilnehmen, weil der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter jede Massendemonstration verboten und angedroht hatte, mit den schärfsten Mitteln jede Ansammlung auseinanderschlagen zu lassen. Die Schutzpolizei war in Massen dafür aufgeboden.

„Die Rote Fahne“ erschien an diesem Tage wieder zum erstenmal, nachdem sie am 18. Mai von demselben Polizeipräsidenten auf vier Wochen verboten worden war, weil sie die Arbeiter zum Kampf gegen die Faschistenparaden, insbesondere gegen die in Fürstenwalde am 18. Mai, aufgerufen hatte.

Heute kann die Enthüllung des Denkmals ebenfalls nur vor einem kleinen Kreis von Genossen erfolgen, aber diesmal aus dem Grunde, weil die werktätigen Massen in den Straßen Berlins gegen den Aufmarsch der Konterrevolution demonstrieren. Wieder ist in Massen die Schutzpolizei aufgeboden zum Schutz der Konterrevolution, bereit, auf die Arbeiter einzuschlagen und zu schießen. Schutz der Konterrevolution und Niederschlagung der revolutionären Bewegung, das hält damals wie heute die von sozialdemokratischen Führern geleitete Staatsgewalt für ihre Aufgabe. Wir werden aber in vier Wochen, am 11. Juli, durch eine Massendemonstration nach Friedrichsfelde die eigentliche Einweihung des Denkmals vornehmen, wo die Massen an der Gräberstätte und dem Denkmal vorbeimarschieren werden.

Wie dieses Denkmal uns stets erinnern soll an die blutigen Kämpfe, die vom Proletariat um seine Befreiung aus Not und Knechtschaft und gegen die Konterrevolution geführt wurden, und an die schmachvollen Dienste, die ihr die sozialdemokratische Führerschaft schon geleistet hat, so soll uns das Denkmal mit der von ihm wehenden roten Fahne und dem an ihm leuchtenden Sowjetstern ständig ein Mahnzeichen zum Kampf sein, zum Sammeln der Massen für den Kampf, zur Organisierung der Revolution und der höchsten Kraftentfaltung, um sie zum Siege zu führen. In diesem Geiste ehren wir unsere gefallenen und ermordeten Führer und Kameraden.

Und wie vom Proletariat der Kampf um seine Befreiung durch die Revolution den höchsten Heroismus verlangt, so sind uns auch unsere toten Kameraden Helden der Revolution.

Den toten Helden der Revolution! Ihnen ist das Denkmal geweiht. So wird die Inschrift des Denkmals lauten. Daneben die trotzigen und zuversichtlichen Worte, die Ferdinand Freiligrath die Revolution sagen läßt:

„Ich war, ich bin, ich werde sein!“

Im Namen der revolutionären Arbeiterschaft, die dieses Denkmal errichtete, danke ich den Künstlern, die uns dieses grandiose Werk haben schaffen helfen, danke ich der Bauleitung und den Bauarbeitern der „Bauhütte“, denen es nur durch die größte Anstrengung möglich war, in einer sehr kurzen Zeit das Denkmal bis zum heutigen Tage fertigzustellen. Ich danke auch der Friedhofsverwaltung für das uns bei dem Bau bewiesene Entgegenkommen und den Friedhofsarbeitern für die Sorgfalt, mit der sie die Grabstätten unserer gefallenen Helden herrichteten und pflegen.

Aber das Denkmal ist noch nicht fertig. Der am Denkmal befindliche Sowjetstern ist in seiner Materialausführung ein Provisorium, die Inschriften fehlen — aus Mangel an Mitteln.

Helft weiter, die Mittel für die Fertigstellung aufzubringen! Helft schnell, damit wir sie bis zum 11. Juli schaffen.

Genossinnen und Genossen! Gestattet mir einen kurzen Rückblick auf die Geschichte dieser Grabstätte.

Sie war von dem Berliner Magistrat der damaligen Zeit ge-

dacht als eine Verbrecherecke, denn als Verbrecher bezeichnete er offen die toten Helden, die in den Januarkämpfen 1919 erschlagen und ermordet wurden. Die revolutionäre Arbeiterschaft verlangte, daß die 32 Arbeiter gemeinsam mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ebenso auf dem historischen Revolutionsfriedhof von 1848 im Friedrichshain beerdigt werden sollten wie die sieben gefallenen Arbeiter des 9. November 1918, die vierzehn beim konterrevolutionären Putsch am 6. Dezember erschossenen Arbeiter und die elf am 24. Dezember gefallenen Matrosen.

Aber der Magistrat und der sozialdemokratische Rat der Volksbeauftragten, die in den Januartagen um ihre Herrschaft gezittert hatten, rächten sich dafür an den toten Revolutionskämpfern noch dadurch, daß sie sie als Verbrecher an der Staatsordnung bezeichneten und ihnen die Beerdigung im Friedrichshain verweigerten. Sie konnten sich dies damals gestatten, weil die Konterrevolution bereits voll gesiegt hatte, als am 16. Dezember 1918 der erste Arbeiter- und Soldatenkongreß unter der schmachvollen Beeinflussung sozialdemokratischer und unabhängiger Führer seine Macht an die Nationalversammlung abzutreten beschlossen hatte.

So erfolgte am 25. Januar 1919 hier an dieser Stätte die Beerdigung der 32 Kameraden, in ihrer Mitte *Karl Liebknecht*. An seiner Seite wurde noch ein leerer Sarg der Erde übergeben. Es fehlte die Leiche *Rosa Luxemburgs*, die zusammen mit Karl Liebknecht am 15. Januar im Eden-Hotel von den „Edelsten der Nation“, von einer entmenschten Offiziersmeute, ermordet worden war. Ausgeplündert, bestohlen, hatten sie die Leiche in den Landwehrkanal geworfen. Dieses feige Gesindel verbreitete die Nachricht, Rosa sei von ihren Anhängern den Offizieren entrisen und verschleppt worden. Lange erhielt sich die Hoffnung bei den Arbeitern, Rosa könnte noch am Leben sein, könnte noch irgendwo sich verborgen halten. Doch wir wußten, daß eine solche Hoffnung unbegründet war. Erst am 31. Mai, viereinhalb Monate nach ihrer Ermordung, wurde die Leiche an der Tiergartenschleuse im Landwehrkanal gefunden, und heute vor sieben Jahren, genau auf den Tag, am 13. Juni 1919, konnte sie an der Seite Karl Liebknechts und inmitten der übrigen gefallenen Kameraden dieser Stätte übergeben werden.

Inzwischen hatte die grausame Rache der Bourgeoisie an der sich immer wieder gegen die Konterrevolution aufbäumenden revolutionären Arbeiterschaft neue Opfer gefordert. Die März-kämpfe, die ihren Ausgang in dem Versuch der Entwaffnung und Beseitigung der republikanischen Soldatenwehr hatten, endeten mit einer schweren Niederlage der Arbeiterschaft. Viele brave Kämpfer verloren dabei ihr Leben.

Am 10. März 1919 wurde *Leo Jogiches*, der der eigentliche Führer der KPD nach dem Tode von Karl und Rosa war, in Neukölln verhaftet und im Gefängnis sofort meuchlings von dem Vizewachtmeister Tamschick ermordet. Auch Jogiches fand hier seine Ruhestätte.

Am 29. Januar 1919 war *Franz Mehring*, 73 Jahre alt, der Partei durch den Tod entrissen worden, der ebenfalls eine Folge der konterrevolutionären Gewaltpolitik war. Im August 1916 war er trotz seiner 70 Jahre und seines geschwächten Gesundheitszustandes in militärische Schutzhaft genommen und erst entlassen worden, als er im Gefängnis dem Tode nahe war. Wir haben vorgestern, am Freitag, dem 11. Juni, die Leiche Franz Mehrings von dem Friedhof in Steglitz nach hier überführen lassen, damit auch er an der Seite seiner Kampfkameraden ruhe, mit denen er den Spartakusbund gemeinsam führte und mit denen er vor und während des Krieges gegen den Verrat der sozialdemokratischen Führerschaft an der Revolution in schärfster Weise kämpfte.

Einen schwereren Verlust hat wohl in einer so kurzen Zeit kaum jemals eine Partei erlitten, als die erst einige Wochen alte Kommunistische Partei, die sich am 30. Dezember 1918 gebildet hatte.

Rosa Luxemburg, ihre unersetzliche wissenschaftliche und politische Führerin, *Karl Liebknecht*, ihr wirksamster Rufer zum Kampf, *Franz Mehring*, ihr bester wissenschaftlicher und politischer Publizist und Kämpfer, *Leo Jogiches*, ihr erprobter und zielklarer Organisator, waren der KPD innerhalb zweier Monate von der Konterrevolution entrissen worden. Der Zentrale der KPD war der Kopf abgeschlagen. Frohlockend stand die Bourgeoisie bei den Taten der von ihr bezahlten Werkzeuge. Und doch war ihr Frohlocken vergebens. So schwer auch die revo-

lutionäre Bewegung unter dem Verlust ihrer Führer zu leiden hatte, so sehr sie auch in ihrem Aufstieg gehemmt wurde, sie konnte deshalb nicht untergehen. Ihre Existenz und ihr Aufstieg ist ein ehernes Muß.

Wir haben hier auf dem Friedhof noch eine Reihe gefallener Kämpfer liegen: *Julian Marchlewski (Karski)*, einer von der alten Garde der Revolutionäre, der in Polen und insbesondere in Deutschland an der Organisierung der Revolution wertvollen Anteil hatte, *Emil Eichhorn*, der rote Polizeipräsident, ebenfalls ein alter Parteikämpfer, *Wilhelm Syllt*, der Führer der Berliner Elektrizitätsarbeiter, der am 31. März 1921, nach seiner Verhaftung, im Polizeipräsidium meuchlings erschossen wurde, *Friedel Neumann*, ein junger Parteigenosse, der auf der Fahrt zu einer Parteikonferenz einem Eisenbahnunglück zum Opfer fiel, und dazu die vielen Kämpfer, die hier vor uns in kühler Erde liegen.

Dicht neben dieser Grabstätte liegen die Arbeiter, die am 13. Januar 1920 bei der *Betriebsrätedemonstration* vor dem Reichstage von der Schutzpolizei erschossen wurden.

Viele von den im Bürgerkriege gefallenen Kämpfern haben infolge des entgegengesetzten Willens ihrer Angehörigen ihre Grabstätte hier nicht finden können.

Unendlich groß ist die Zahl der Opfer der Konterrevolution. Gedenken wir unseres *Eugen Leviné*, gedenken wir der vielen Toten der bayerischen Räterepublik, des Kapp-Putsches 1920, der Märzaktion 1921 und der Oktoberkämpfe 1923, insbesondere des *Hamburger Aufstandes*, gedenken wir der vielen Genossen, die wegen ihrer Beteiligung am Kampf hinter Zuchthausmauern schmachten.

Mit diesem Gedenken verbinden wir das immer wieder erneuerte Gelöbnis und den Willen, das Werk zu vollenden, für das sie ihr Leben gaben oder im Gefängnis schmachten.

Vergessen wir nie die Schmach, die der Arbeiterklasse durch ihre sozialdemokratischen Führer angetan wurde, indem sie im Bunde mit der Konterrevolution das kämpfende Proletariat niederschlugen.

Sammeln wir die Kräfte des Proletariats zur unüberwindlichen und siegreichen Kampfesfront! Organisieren wir die Revolution!

An den Gräbern und an dem Denkmal unserer toten Helden legen wir das Gelöbnis ab, jeder und alle zusammen, die ganze

Kraft für die Erreichung dieses Zieles einzusetzen, damit bald der Tag komme, wo wir auch an dieser Stelle die Fanfaren des Sieges der Revolution und den Jubelschrei des befreiten Proletariats vernehmen lassen!

Auf zu diesem Werke! Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, Brüder, zum Lichte empor!

„Die Rote Fahne“, Berlin, 15. Juni 1926.

Das Volksbegehren, und was wird danach?

Die große politische Bedeutung des von der Kommunistischen Partei eingeleiteten Volksbegehrens gegen den Panzerkreuzerbau liegt in der Aufrüttelung der werktätigen Massen gegen die imperialistische Rüstungs- und Kriegsgefahr. Wohl versucht die sozialdemokratische Führerschaft die werktätigen Massen über diese Gefahr unter Hinweis auf die angeblichen Friedenssicherungen durch den Völkerbund hinwegzutäuschen, aber die Imperialisten rüsten mit aller Kraft für den neuen Weltkrieg. In jedem Lande versucht die Bourgeoisie die werktätigen Massen für ihre imperialistischen Zwecke einzufangen, sie nationalistisch zu verhetzen, um sie wieder wie 1914 als williges Kanonenfutter gebrauchen zu können. Auch der gegenwärtige Zeppelinrummel wird von der deutschen Bourgeoisie zu diesem Zwecke benutzt.

Die Bewilligung des Panzerkreuzers durch die sozialdemokratischen Minister hat in den werktätigen Massen eine tiefgehende Empörung ausgelöst, von der sogar die sozialdemokratischen Mitgliedermassen derartig erfaßt wurden, daß der „Vorwärts“ zugeben mußte, es habe noch nie eine so ernste Krise in der SPD gegeben wie gerade jetzt. Diese Empörung der werktätigen Massen beruht natürlich nicht nur auf dieser Bewilligung des Panzerkreuzers A, sondern findet ihre Erklärung nur dadurch, daß die werktätigen Massen mit Recht in dieser Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers A den Willen der sozialdemokratischen Führerschaft auf bedingungslose Unterstützung der Rüstungspolitik der deutschen Bourgeoisie sehen. Wie durch den mit Zustimmung der sozialdemokratischen Führer eingeführten Schlichtungszwang die werktätigen Massen gegenüber dem Unternehmertum noch mehr geknebelt werden, so sollen auch durch diese Zustimmung der SPD-Führer zur imperialistischen Rüstungs- und Kriegspolitik die werktätigen Massen erneut in den Völkermord hineingetrieben werden.

Das von den Kommunisten eingeleitete Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau bietet den werktätigen Massen die Gelegenheit, durch die Einzeichnung ihrem Protest und ihrem Willen zum Kampf gegen diese Politik Ausdruck zu geben. Die bisherigen Einzeichnungen zum Volksbegehren sind aber noch verhältnismäßig gering, und es könnte scheinen, als wenn unter den werktätigen Massen nicht die Empörung über den Panzerkreuzerbau und die Erkenntnis von dem Zusammenhang mit der ganzen imperialistischen Rüstungspolitik und der Kriegsgefahr vorhanden sei. Das wäre aber ein völliger Trugschluß. Wenn trotzdem diese Einzeichnungen noch so gering sind, so müssen dafür *andere Beweggründe* maßgebend sein.

Die Kommunistische Partei war sich von vornherein darüber klar, daß sie mit der Einleitung des Volksbegehrens eine große Aufgabe übernahm. Die von ihr in Rechnung gestellte Sabotage der Behörden, der Terror der Bourgeoisie, besonders auf dem Lande, die Gegnerschaft und die Totschweigetaktilik der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, die Verleumdungshetze der SPD-Führer konnte nur unter Aufbietung aller Kräfte durchbrochen werden. Dazu kam die Kürze der Zeit, mit der die ganze Kampagne eingeleitet und durchgeführt werden mußte. Alle diese Tatsachen unterschieden diese Kampagne von der, die 1926 bei dem Volksentscheid für die Fürstenenteignung geführt wurde. Wenn trotzdem die Kommunistische Partei das Volksbegehren einleitete, so wegen der großen politischen Bedeutung, die die Zustimmung der sozialdemokratischen Führerschaft zum Panzerkreuzerbau für die weitere politische Entwicklung hat.

Es ist der Kommunistischen Partei gelungen, durch die Kampagne des Volksbegehrens diese Entwicklung *in den Mittelpunkt der Diskussion* unter der Arbeiterschaft zu stellen. Ohne das Volksbegehren wäre es kaum möglich gewesen, eine so ernste Diskussion hervorzurufen. Ohne das Volksbegehren wäre es der SPD-Führerschaft leichter gewesen, ihre empörten Anhänger zu beruhigen. Die starken Betrugs- und Täuschungsmanöver, die von den SPD-Führern, besonders von den „linken“, unternommen wurden, um die sozialdemokratischen Arbeiter von der Einzeichnung zum Volksbegehren abzuhalten, werden zur weiteren

Aufklärung unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft beitragen.

Die in der SPD beginnende Diskussion über das sozialdemokratische Wehrprogramm wird die SPD-Führer zwingen, ihre Pläne, die sie mit diesem Wehrprogramm vorhaben, offener bekanntzugeben. Es besteht kein Zweifel, daß sie sich damit der Bourgeoisie als brauchbare Partner für die Aufrüstung und für den nächsten imperialistischen Krieg nicht nur empfehlen wollen, sondern daß sie auch gewillt sind, die sozialdemokratische Parteiorganisation in diesen Dienst zu stellen. Das wird selbstverständlich noch mehr als bisher zu ernststen Krisen in der SPD und zur Loslösung der klassenbewußten Arbeiter von der SPD führen.

Es muß jedem Werktätigen klarwerden, welche hohe politische Bedeutung unter diesen Umständen das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau und die Erreichung der erforderlichen 4,2 Millionen Einzeichnungen hat. Wird diese Zahl erreicht, dann müssen der Reichstag und damit auch die SPD-Führerschaft zu dem Gesetz Stellung nehmen, dann wird sich der Schwindel erweisen, den heute die SPD-Führer mit ihrer angeblichen Gegnerschaft zum Panzerkreuzerbau betreiben, dann muß dieses Gesetz dem Volksentscheid unterbreitet werden. Eine große politische Kampagne für den Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau wird weiter zur Aufrüttelung der Massen gegen die imperialistische Rüstungs- und Kriegspolitik beitragen. *Darum müssen die wenigen Tage bis zum Schluß der Einzeichnungsfrist noch in den Arbeiterquartieren, in den Betrieben und Organisationen benutzt werden, um die werktätigen Massen zur Einzeichnung heranzuholen.*

Sollte es nicht gelingen, diese 4,2 Millionen Einzeichnungen zu erreichen, *was wird dann sein?* Dann werden die sozialdemokratischen Führer und die Bourgeoisie nicht nur frohlocken, daß sie um die Entscheidung im Reichstage und den Volksentscheid herumkommen, sondern dann werden sie das zum Anlaß einer gesteigerten Propaganda für die Rüstungs- und Kriegspolitik benutzen. Dann werden sie mit noch gesteigerter Hetze und Verleumdung den Kampf gegen die Kommunisten führen, um deren wachsenden Einfluß auf die werktätigen Massen zu brechen.

Dann wird man von einer angeblichen Niederlage der Kommunisten schreien, um wenigstens vorübergehend die Massen zu verwirren.

Selbst wenn es bis zum 16. Oktober nicht gelingt die erforderlichen 4,2 Millionen Einzeichnungen aufzubringen, dann ist das keine Niederlage der Kommunisten. Dann steht zwar fest, daß es der Propaganda der Kommunisten und der mit ihr sympathisierenden Organisationen nicht gelungen ist, tief genug in die Massen einzudringen, um sie zu veranlassen, aus ihrer Empörung über den Panzerkreuzerbau auch die Bedeutung des Volksbegehrens und die Notwendigkeit der Einzeichnung zu erkennen, dann steht fest, daß die angewandte Kraft nicht ausreichte, um den Sabotage- und Terrorakten, der Totschweigetaktik und der Kommunistenhetze genügend zu begegnen. Aber das ist keine Niederlage der Kommunisten, sondern kann *nur der Ansporn zu weiterer, gesteigerter Agitation sein*, kann nur den Werktätigen mehr noch als bisher begreiflich machen, *daß es nur die Kommunisten sind, die den Kampf gegen den imperialistischen Krieg führen*. Das muß sich für die Zukunft in der Verstärkung der einheitlichen Kampffront und des Kampfeswillens auswirken.

Die werktätigen Massen werden bedroht von einer unerhört frechen *Offensive der Kapitalisten*. Mit Massenaussperrungen suchen sie die Arbeiterschaft einzuschüchtern, jede Lohnerhöhung, die einigermaßen der wachsenden Teuerung entsprechen würde, lehnen sie ab. Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer leisten dem Unternehmertum durch ihr Ausweichen vor dem Kampf, durch Verweigerung der Streikunterstützung, durch den Schlichtungszwang und die Propagierung der Wirtschaftsdemokratie die gleichen Dienste, wie sie die kriegslüsternen Imperialisten durch ihre Koalitionspolitik und Zustimmung zu dem Panzerkreuzerbau unterstützen. *Das Massenelend nimmt durch den Preiswucher, durch Massensteuern, durch Verweigerung der Mittel für den Wohnungsbau und die soziale Fürsorge immer ungeheureren Umfang an*. Die wachsenden imperialistischen Gegensätze steigern die Kriegsgefahr. Nicht mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, nicht durch Koalitionspolitik, nicht mit Wirtschaftsdemokratie kann den werktätigen Massen geholfen werden. *Nur durch den rücksichts-*

losen Klassenkampf, durch die Anwendung aller revolutionären Mittel kann das Proletariat die Gefahr abwenden und sich aus dem Massenelend befreien.

Die einzige Führerin in diesem Kampfe ist die *Kommunistische Partei*. Darum gilt es die *Kommunistische Partei* zu stärken, ihr als Mitglied beizutreten, ihre Zeitungen zu lesen und alle mit der *Kommunistischen Partei* sympathisierenden Organisationen zu stärken. Darum ist die *Werbekampagne*, die gleich jetzt nach dem Volksbegehren von der *Kommunistischen Partei* einsetzen wird, eine *Mobilmachung für die kommenden großen Wirtschaftskämpfe, für den Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr, für die Verteidigung der Sowjetunion gegen die imperialistischen Angriffe*. Wenn in diesen Wochen die sozialdemokratische Führerschaft ebenfalls versucht, durch eine *Werbekampagne* Anhänger für ihre Politik zu finden, so heißt das nicht, den *Klassenkampf* stärken, sondern ihn verraten. Die werktätigen Massen sollen verhindert werden, sich der *Kommunistischen Partei* anzuschließen. Sie sollen der *Klassenfront* des *Proletariats* abspenstig gemacht und für die *Koalitionspolitik* mit der *Bourgeoisie* gewonnen werden.

Am Sonntag, dem 21. Oktober, wird Groß-Berlin zwei Demonstrationen haben, die eine einberufen von der Kommunistischen Partei und dem RFB und die andere von der SPD und den sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorständen. Beide Demonstrationen werden am gleichen Platz, im Lustgarten, stattfinden; um 12 Uhr die der SPD und um 3 Uhr die der KPD und der revolutionären Arbeiterschaft. Die Kundgebung der SPD wird die Kundgebung für Panzerkreuzerbau, für Koalitionspolitik, Wirtschaftsdemokratie, Schlichtungszwang und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung sein. Die Demonstration der KPD ist der Aufmarsch des Groß-Berliner revolutionären Proletariats zum Kampf gegen diese Politik der SPD-Führerschaft, zum Kampf gegen die Unternehmeroffensive, gegen Imperialismus und Kriegsgefahr, für die Sowjetunion. Hier kann die Entscheidung für das Groß-Berliner Proletariat nicht schwerfallen. Laßt die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer mit ihrer Politik im Lustgarten allein. Alle werktätigen Männer und Frauen marschieren um 3 Uhr nach-

mittags unter den roten Fahnen des Klassenkampfes, der KPD und des RFB, im Lustgarten auf.

Die Erinnerung an die unerhörten Schandtaten des *Bismarck-schen Regimes* unter dem *Sozialistengesetz* zwingen zu dem Vergleich gegenüber den unerhörten Schandtaten der sozialdemokratischen Führerschaft seit 1914, insbesondere seit 1918. Die 15 000 erschlagenen deutschen Arbeiter, die Hunderttausend, die in den Kerkern geschmachtet haben, das ungeheure Massenelend der Witwen und Kinder der erschlagenen und gefangenen Klassenkämpfer übersteigt bergehoch die Schandtaten eines Bismarck.

Der 9. November gibt den Anlaß, diese zehn Jahre deutsche Republik kritisch zu überdenken und daraus die revolutionären Schlußfolgerungen zu ziehen.

So gilt es nicht nur in *den drei Tagen bis zum 16. Oktober die größten Anstrengungen zur Heranholung der säumigen Wählermassen für die Einzeichnung zum Volksbegehren zu machen*, sondern auch diese Kampagne überzuleiten in die gesteigerte *Werbearbeit* für die Stärkung der proletarischen Klassenfront, für den Kampf gegen alle Klassenfeinde des Proletariats, für die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe, für den Sturz des Kapitalismus!

„Die Rote Fahne“, Berlin, 14. Oktober 1928.

Die Gründung der KPD

Erinnerungen an die Novemberrevolution

I. DIE NOVEMBERREVOLUTION

Die revolutionären Obleute und Spartakus

Die Ursachen der deutschen Revolution und des Zusammenbruches der preußisch-deutschen Militärmonarchie liegen tief in militärischen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Weltkrieges begründet. Aber einen guten Anteil daran haben auch die russische Revolution und die Propaganda, die unter Führung des Spartakusbundes unter den werktätigen Massen und unter den Soldaten an der Front gegen den Krieg und für die Revolution betrieben wurden. Außer der Spartakusgruppe, die in Berlin ihren stärksten Anhang hatte, waren es die vorwiegend in der Berliner Metallindustrie beschäftigten revolutionären Obleute, die die Vorbereitungen für die Revolution trafen. Als Karl Liebknecht am 21. Oktober aus dem Zuchthaus entlassen wurde, versuchte er sofort diesen Kreis der revolutionären Obleute für die stärkste Mobilisierung der Betriebe zu revolutionären Massenaktionen zu veranlassen. Er fand dabei aber nur bei sehr wenigen Genossen Unterstützung. Als ich am 27. Oktober aus Holland zurückkehrte, trat auch ich in diesen Kreis ein, um Liebknecht bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Die Führer der Unabhängigen, von denen *Däumig* und in der letzten Zeit auch *Haase* und *Dittmann* an den Zusammenkünften teilnahmen, wandten sich entschieden gegen unsere Vorschläge und unterstützten die Führer der revolutionären Obleute in ihrer Tätigkeit des Hinauszögerns irgendwelcher Aktionen. An der Spitze der Obleute stand *Emil Barth*, der nachmalige Volksbeauftragte, dem jedes Verständnis für die Voraussetzungen einer revolutionären Massenaktion abging. Die von ihm später herausgegebene Schilderung der revolutionären Vorgänge strotzt von Unrichtigkeiten und zeigt nur die geradezu krankhafte



Wilhelm Pieck vor einem Wahllokal in Berlin-Steglitz, 1928



Eitelkeit dieses Menschen, sich in ein möglichst günstiges Licht zu setzen und andere herunterzureißen. Darin wird er nur noch von Philipp Scheidemann übertroffen, wie dessen jetzt herausgegebene Memoiren bestätigen. Ich will in kurzem chronologisch die Vorgänge schildern, die sich in den letzten Tagen vor dem 9. November und an diesem Tage abspielten und an denen ich persönlich beteiligt war.

Die Besorgnisse der USPD-Führer

Am Sonnabend, dem 26. Oktober, hatte eine Sitzung der revolutionären Obleute stattgefunden, an der *Karl Liebknecht* zum erstenmal nach seiner Haftentlassung teilgenommen hatte und in der beschlossen wurde, gegen die *Prinz-Max-Regierung* aufs schärfste vorzugehen, wenn diese die „nationale Verteidigung“ proklamiere. Auf Antrag Liebknechts sollten zur Mobilisierung der Arbeiterschaft am Sonntag, dem 3. November, einige öffentliche Versammlungen mit anschließenden Demonstrationen stattfinden. Außerdem sollten in den „Kopf“ der revolutionären Obleute (das war die Leitung des Vollzugausschusses) drei führende Mitglieder der Spartakusgruppe eintreten, zu denen Liebknecht, Ernst Meyer und ich bestimmt wurden.

Als am Dienstag, dem 29. Oktober, militärische Einberufungen in großem Umfange erfolgten, war es klar, daß die Prinz-Max-Regierung in der Tat die „nationale Verteidigung“ gegen das Vordringen der Ententetruppen einleitete und außerdem durch diese Einberufungen versuchte, die revolutionären Kader in Berlin zu schwächen. Es galt also zu handeln.

In einer Unterredung mit dem Vorsitzenden der revolutionären Obleute, Emil Barth, gelang es mir diesen und Däumig davon zu überzeugen, daß sofort ein Flugblatt herausgegeben werden mußte, in dem die Arbeiter aufgefordert würden, der militärischen Einberufung keine Folge zu leisten. Ich übernahm die Drucklegung dieses Flugblattes, das am 31. Oktober in den Betrieben verteilt wurde.

Der Berliner Zentralvorstand der USPD bekam es aber mit der Angst zu tun vor der Aktivität und lehnte deshalb die für Sonn-

tag, den 3. November, vorgesehenen Versammlungen als revolutionäre Gymnastik ab, weil man gleich „aufs Ganze“ gehen wolle und das nicht durch solche revolutionären Zwischenstufen wie Versammlungen mit anschließenden Demonstrationen „gefährden“ wolle.

Die Beratung des Aufstandsplanes

Am 2. November vormittags fand in einer Neuköllner Wirtschaft eine Sitzung des Vollzugsausschusses der revolutionären Obleute statt, in der der strategische Plan des Aufstandes beraten wurde und an der Liebknecht, Ledebour, Pieck, Müller, Barth, Haase, Däumig, Otto Franke, Brühl, Wegmann und eine Anzahl anderer Genossen, zu Beginn auch Luise Zietz, teilnahmen. Außerdem war ein als Lindner bezeichneter Pionieroberleutnant Walz anwesend, der Führer einer Kompanie des 2. Gardepionier-Ersatzbataillons war und der sich durch Ledebour den revolutionären Obleuten angeboten hatte, sie in der Durchführung des Aufstandes dadurch zu unterstützen, daß er sich mit seiner Kompanie an die Spitze des Aufstandes stellen und dadurch auch die übrigen Truppenteile zum Anschluß an den Aufstand veranlassen oder sie zum mindesten davon abhalten wollte, gegen die aufständischen Arbeiter vorzugehen. Walz hatte an Hand des Berliner Stadtplanes und der Lage der Kasernen einen strategischen Plan ausgearbeitet, der die Grundlage des Aufstandes bilden sollte. Es waren die militärisch wichtigsten Punkte für die Besetzung in Aussicht genommen und die Anmarschlinien der Arbeiter aus den Großbetrieben nach dem Stadtzentrum festgesetzt. Walz wollte sich mit seiner Pionierkompanie an der Belle-Alliance-Straße mit den von Mariendorf und Tempelhof kommenden Arbeitern der Daimler- und Stock-Werke vereinigen und dann gemeinsam vor die Kasernen in der Blücherstraße ziehen, um die dortigen Truppen zum Übertritt zu den Aufständischen zu bewegen. Er sprach die Hoffnung aus, daß sich auch die als „Franzer“ und „Maikäfer“ bezeichneten Regimenter im Norden Berlins mit den Arbeitern verbrüdern würden, worauf die ganze innere Stadt besetzt werden sollte.

In der Sitzung handelte es sich vorwiegend um die Herausgabe eines Aufrufs zum Aufstand, der für Montag, den 4. November, in Aussicht genommen war. Eine Hauptfrage war dabei, ob der Aufruf die Unterschriften aller anwesenden Genossen tragen sollte. Liebknecht und ich widersprachen der Unterzeichnung, weil wir sie für eine Torheit hielten, aber schließlich wurde doch beschlossen, daß die bekanntesten Genossen den Aufruf unterschreiben sollen. Ich übernahm die Drucklegung des Aufrufs als Flugblatt.

Die Vertagung des Aufstandes

Am gleichen Tage, am 2. November, fand abends im Saale der Arbeiterbildungsschule der USPD in der Schicklerstraße eine Sitzung der revolutionären Obleute statt. Ein Obmann nach dem anderen teilte mit, daß in ihren Betrieben nur ein geringer Teil von Arbeitern für den Aufstand zu haben sein werde. Die Stimmung sei dafür noch nicht reif, auch sei die Bewaffnung noch viel zu unzulänglich. Diese Berichte kamen den anwesenden USPD-Führern Haase, Dittmann und Müller offenbar sehr gelegen, denn sie traten mit aller Beredsamkeit gegen die Aktion am Montag auf und verlangten ihre Verschiebung um eine Woche, damit in der Zwischenzeit die Stimmung in den Betrieben und die Bewaffnung für den Aufstand noch mehr gesteigert werden könnte.

Liebknecht, Meyer und ich forderten, daß die Aktion am Montag eingeleitet werde, aber nicht mit dem Aufstand, sondern mit der Organisation des Generalstreiks, der am Dienstag früh mit bewaffneten Demonstrationen und unter folgenden Parolen einsetzen sollte: 1. Sofortiger Frieden, 2. Aufhebung des Belagerungszustandes, 3. Deutschland eine sozialistische Republik, 4. Bildung einer Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte.

Ledebour, der für den Aufstand am 4. November war, unterbreitete der Sitzung einen längeren Aufruf für diese Aktion. Nach einer langen Diskussion, bei der aber immer wieder von den Obleuten auf die Unmöglichkeit der Aktion hingewiesen wurde, erfolgte 3 Uhr nachts die Abstimmung. Der Aufruf von Ledebour wurde mit 22 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Unser

Antrag für den Generalstreik erhielt außer unseren drei Stimmen nur zwei weitere der Obleute. Es wurde nur noch beschlossen, von jeder Aktion vorläufig abzusehen und erst am Mittwoch, dem 6. November, wieder zusammenzukommen. Durch den völlig negativen Ausgang dieser Konferenz kamen besonders auch die Arbeiter, die der Aufforderung der Obleute, der militärischen Einberufung keine Folge zu leisten, nachgekommen waren, in eine ziemlich bedrängte Lage, weil natürlich die Militärbehörden mit aller Brutalität gegen sie vorgingen.

Der Matrosenaufstand

Am Sonntag, dem 3. November, trat der Vollzugsausschuß der Obleute in einem Fabrikraum in der Köpenicker Straße wieder zusammen, der als geheimer Tagungsort des Ausschusses in der Zeit des Aufstandes dienen sollte. Zu dieser Sitzung brachte Ledebour einen Matrosen aus Kiel mit, der berichtete, daß am 28. Oktober die Matrosen mehrerer Schiffe, die zu einer Ausfahrt bestimmt waren, gemeutert hätten, und der Auskunft haben wollte, was weiter geschehen solle. Ubereinstimmend ging die Meinung dahin, den Matrosen zu empfehlen, auf allen Schiffen in Kiel die rote Fahne zu hissen und den sofortigen Waffenstillstand zu fordern. Liebknecht forderte im Anschluß eine frühere Einberufung der Sitzung der revolutionären Obleute, um schneller eine Aktion in Berlin herbeizuführen. Doch wurde sein Antrag von der übergroßen Mehrheit des Ausschusses mit der Begründung abgelehnt, daß es noch an der Bewaffnung und technischen Vorbereitung des Aufstandes mangle. Die Genossen begriffen nicht, daß die Revolution auch noch durch andere Mittel als durch den Aufstand eingeleitet werden kann.

Am 4. November trafen die näheren Nachrichten über die Matrosenmeuterei in der Nordsee ein und daß es in Kiel bei der Einkerkung der Meuterer zu Matrosenaufständen und zur Bildung eines Matrosenrats gekommen sei. Auf Drängen von Liebknecht trat der Vollzugsausschuß der Obleute noch am Abend zu einer Sitzung zusammen, wo man sich einig wurde, eine Sitzung der revolutionären Obleute einzuberufen, um sich

diktatorische Vollmachten für die Zeitbestimmung des Aufstandes geben zu lassen. Liebknecht und ich traten dafür ein, daß man dafür als späteste Frist den 8. oder 9. November in Aussicht nehmen solle. Aber diese Tage wurden von der Mehrheit abgelehnt, weil es Lohnzahlungstage seien und die Arbeiter nicht dazu zu bewegen sein würden, aus den Betrieben herauszugehen. Es wurde noch beschlossen, eine Anzahl Genossen in die Provinz zu schicken, damit diese dafür sorgen, daß dort am gleichen Tage wie in Berlin losgeschlagen würde. Zu dem Matrosenaufstand wurde beschlossen, ein Flugblatt herauszugeben, dessen Drucklegung ich besorgte.

In dieser Sitzung wurde auch bekannt, daß tags zuvor der Oberleutnant Walz verhaftet worden war, der nach dem ablehnenden Beschluß der Obleute am 2. November völlig zusammengebrochen war, da er sich in seiner Kompanie bereits völlig auf den Aufstand am 4. November eingestellt hatte. Wie sich später herausstellte, war er durch einen Feldwebel verraten worden, und Walz hatte denn auch bei der Vernehmung den ganzen strategischen Plan des Aufstandes dargelegt. Es war klar, daß die Militärbehörden mit den schärfsten Mitteln gegen alle Beteiligten vorgehen würden und daß deshalb schnelles Handeln geboten war.

Am 5. November erfolgte die Ausweisung der Russischen Botschaft unter der Angabe, daß sie die revolutionäre Bewegung in Deutschland unterstütze. Der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller hat in der letzten Zeit „enthüllt“, daß der damalige Staatssekretär *Scheidemann* den Schurkenstreich ausgeheckt hat, auf dem Bahnhof Friedrichstraße eine angeblich mit revolutionären Flugblättern gefüllte russische Kuriertüte platzen zu lassen, um dadurch den Vorwand zur Ausweisung der Russischen Botschaft zu schaffen.

Diese Flugblätter waren aber nicht etwa aus Rußland importiert, sondern waren von Paul Levi geschriebene und in Deutschland hergestellte Spartakusflugblätter. *Scheidemann* hat in seinen Memoiren versucht, diesen Schurkenstreich etwas zu bemänteln, aber er muß doch zugeben, daß er von ihm ausgegangen ist. Nachdem am 4. November die *Scheidemanns*che Kuriertüte geplatzt war, wurde von der Regierung die Russische Botschaft

angewiesen, innerhalb sechs Stunden Berlin zu verlassen, was die Erregung der Berliner Arbeiterschaft außerordentlich steigerte.

Der Aufstand wird auf den 11. November festgelegt

Am 6. November fand in einem Lokal in der Jostystraße eine Sitzung der revolutionären Obleute statt, in der der Vollzugsausschuß die Vollmacht für die Zeitbestimmung des Aufstandes erhielt, als dessen frühester Termin Montag, der 11. November, ausersehen war. Liebknechts Antrag, bereits am Freitag mit der Aktion zu beginnen, wurde wieder abgelehnt.

Am nächsten Tage, am 7. November, wurde in Berlin bekannt, daß außer in Kiel bereits in einer Anzahl nordwestlicher Städte: Hamburg, Lübeck, Flensburg, Schwerin, Oldenburg, Bremen, Cuxhaven, Soldatenräte gebildet worden waren, die die obrigkeitliche Macht an sich rissen und die Offiziere entwaffneten. Der Oberbefehlshaber in den Marken, Generalleutnant *von Linsingen*, verbot in Berlin durch öffentlichen Anschlag die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und die Teilnahme daran. Die städtischen Betriebe und einige Rüstungsbetriebe wurden mit Militär besetzt. Militärpatrouillen zogen durch die Straßen, der Eisenbahnverkehr war völlig eingestellt worden. Fünf Versammlungen der USPD am 7. November, in denen der Jahrestag der russischen Revolution gefeiert werden sollte, wurden verboten. Die Spartakusgruppe hatte eine achtseitige Flugschrift zur Jahresfeier herausgegeben, in der zum Sturz der Regierung und zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur aufgefordert wurde.

Die Parteivorstandssitzung der USPD

Am 7. November fand im Büro der USPD am Schiffbauerdamm eine Sitzung des USPD-Parteivorstandes und des Beirates statt, zu der auch der Vollzugsausschuß der Obleute zugezogen war, so daß Liebknecht und ich daran teilnahmen. Es wurden hier die verschiedenen Möglichkeiten des Kampfes besprochen, insbesondere inwieweit die Provinz die Aktion in Berlin unterstützen mußte. Liebknecht forderte, daß die Provinz so schnell wie

möglich losschlagen und nicht erst auf Berlin warten solle. Die auswärtigen Delegierten sagten jedoch, daß die Provinz noch zurück und von dort aus kaum Unterstützung zu erwarten sei. Haase, Dittmann, Braß wandten sich vor allem gegen die von dem Vollzugsausschuß beschlossene Aktion am 11. November. Sie wollten sie auf unbestimmte Zeit verschoben wissen, und ferner wandten sie sich gegen die Namensunterschrift eines herauszugebenden Aufrufes zur Aktion. Aber nach langer Debatte, bei der sich eine Anzahl Mitglieder des USPD-Parteivorstandes in eine heroische Stimmung hineingeredet hatte, wurde beschlossen, daß sämtliche Parteivorstandsmitglieder der USPD den Aufruf zum Losschlagen am 11. November unterzeichnen sollten. Als aber Liebknecht forderte, daß die am Abend zu den verbotenen USPD-Versammlungen kommenden Besucher zu einem zentralen Punkt dirigiert werden sollten, um eine Kundgebung gegen die Ausweisung der Russischen Botschaft zu machen, wurde dieser Vorschlag als eine „Forcierung und Gefährdung“ der vorgesehenen Aktion abgelehnt.

Aufruf zum Aufstand am 9. November

Am 8. November sollte im Büro des Parteivorstandes der USPD eine Sitzung des Vollzugsausschusses der Obleute stattfinden, um den Aufstandsplan für den 11. November zu beraten. Da jedoch infolge der Verhaftung von Walz mit der Möglichkeit gerechnet werden mußte, daß die Militärbehörde auch das Parteibüro besetze, so wurde die Sitzung nach dem Reichstag verlegt. Auf dem Wege zum Reichstag wurde Däumig verhaftet, der in seiner Aktentasche sämtliche Pläne und das Material für den Aufstand bei sich hatte. *Luise Zietz*, die sich in seiner Begleitung befand, war es gelungen, der Verhaftung zu entgehen, so daß wir durch sie die Nachricht erhielten, die natürlich den Ausschuß vor die entscheidende Frage stellte, ob noch länger mit dem Aufruf an die Betriebe zum Aufstand gezögert werden solle. Es kam außerdem die Nachricht, daß auch Emil Barth verhaftet sein solle. Da auch Genosse Liebknecht nicht anwesend war, so mußte auch bei ihm mit dieser Möglichkeit gerechnet werden. Glücklicherweise traf das auf beide nicht zu.

Der Vollzugausschuß und auch die anwesenden Parteivorstandsmitglieder der USPD entschlossen sich nunmehr, sofort Kuriere in die Betriebe zu entsenden, um die Arbeiter zum bewaffneten Aufstand am nächsten Tage zu veranlassen, und zwar mit der Parole: Sturz der Regierung, sozialistische Republik. In einem kurz gehaltenen Flugblatt mit Namensunterschriften sollten die Arbeiter zur Aktion aufgefordert werden. *Hofer* vom Parteivorstand der USPD lehnte seine Unterschrift ab, er wollte überhaupt nicht die USPD für den Aufruf verantwortlich gemacht wissen, denn wenn der Schlag mißlinge, sei die Partei verloren. *Haase* war nicht zugegen, weil er nach Hamburg und Kiel gefahren war. Infolge dieses Einspruchs von *Hofer* wurde das Flugblatt nur von zehn Mitgliedern des Vollzugausschusses: *Liebknecht*, *Pieck*, *Haase*, *Ledebour*, *Brühl*, *Franke*, *Eckert*, *Wegmann*, *Neuendorf*, *Barth*, unterschrieben.¹

Zu gleicher Zeit war auch von den Genossen *Liebknecht* und *Ernst Meyer*, die beide den Anschluß an unsere Sitzung verpaßt hatten, ein Flugblatt des Spartakusbundes herausgegeben worden, das eine Reihe der nächsten Ziele der Aktion enthielt: Freilassung aller Zivil- und militärischen Gefangenen, Aufhebung aller Einzelstaaten und Dynastien, Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten, Aufnahme der Beziehungen zu den übrigen Arbeiter- und Soldatenräten, Übernahme der Regierung durch die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte, sofortige Verbindung mit dem internationalen Proletariat, insbesondere mit der russischen Arbeiterrepublik.

Am Abend des 8. November wurde noch bekannt, daß Bayern und Braunschweig zu Volksrepubliken durch die Arbeiter- und Soldatenräte erklärt worden seien.

Der 9. November

Am Morgen des 9. November wurden vor und in den Betrieben die Flugblätter des Vollzugausschusses und der Spartakusgruppe, die zur Aktion aufforderten, verteilt. Die Sozialdemo-

¹ Siehe Flugblatt S. 40.

kraten hatten mit allen Mitteln versucht, diese Aktion der Arbeiter zu verhindern. Im „Vorwärts“ warnten sie die Arbeiter vor „Unbesonnenheiten“. Sie sollten nur der Parteileitung vertrauen, jede selbständige Aktion der Arbeiter könnte nur störend auf die Verhandlungen wirken, die sie über die Abdankung des Kaisers führten und durch die der sozialdemokratische Einfluß in der Regierung verstärkt werden sollte. Sie hatten am Abend des 8. November die sozialdemokratischen Vertrauensleute zusammenberufen, um über die zu treffenden Maßnahmen zu beraten, wenn die Regierung dem Verlangen der SPD-Führer nicht nachkommen sollte. Aber die Vertrauensleute wurden ohne eine Entscheidung wieder nach Hause geschickt, man wollte bis zum 9. November mittags abwarten, was die Regierung tun würde.

Inzwischen war das Berliner Proletariat zur Aktion, zum Aufstand übergegangen, dem sich auch sofort die Soldaten anschlossen. Die Berliner Großbetriebe marschierten zum Zentrum der Stadt mit einer Entschlossenheit, die es der Regierung angezeigt erscheinen ließ, von jeder Waffengewalt gegen die Arbeiterschaft Abstand zu nehmen. Nur an der Maikäferkaserne in der Chausseestraße war es zu Schießereien des Militärs auf die demonstrierenden Arbeiter gekommen, die aber bald eingestellt wurden und mit einer Verbrüderung der Arbeiter und Soldaten endeten. Leider hatten dabei ein prächtiger Jugendgenosse, *Habersaath*, und drei Arbeiter ihren Tod gefunden.

Die Mitglieder des Vollzugausschusses der Obleute trafen sich am 9. November morgens in dem Büro des Spartakusbundes in der Mühlenstraße in Schöneberg, um von dort ihre weiteren Maßnahmen zu treffen. Ledebour, der im Reichstag übernachtet hatte, teilte uns bei seiner Ankunft mit, daß in den Morgenstunden Ebert, Scheidemann und Braun zu ihm ins Zimmer gekommen seien, um ihm mitzuteilen, daß sie bereit seien, gemeinsam mit den Unabhängigen die Regierung zu bilden, und daß sie ferner bereit seien, ihre Anhänger zum Aufstand aufzurufen, falls bis Sonnabend, 12 Uhr mittags, die Abdankung des Kaisers nicht erfolgt sei. Ledebour hat ihnen erwidert, daß er sich wegen dieses Angebots der Regierungsbildung erst mit seinen Freunden beraten müsse. Später wurde bekannt, daß Dittmann, der auch im Reichstag übernachtet hatte und an den die drei SPD-

Führer ebenfalls mit diesem Angebot herantreten waren, sofort seine Zustimmung gegeben hatte.

Gegen 11 Uhr ging ich zu dem Obleutelokal in der Jostystraße, wo ich Barth und Eichhorn sowie einige Obleute antraf. Barth gab Anordnungen über die Besetzung der verschiedenen Staats- und Stadtgebäude. Eichhorn hatte bereits das Polizeipräsidium übernommen. Liebknecht sollte das Schloß übernehmen und ich das Rathausgebäude. Die Erfüllung meiner Aufgabe erübrigte sich dadurch, daß inzwischen schon *Adolf Hoffmann* zum Oberbürgermeister gegangen war, um ihn mit der Tatsache der Revolution vertraut zu machen. Inzwischen war auch bekanntgeworden, daß Wilhelm II. abgedankt, Prinz Max von Baden als Reichskanzler zurückgetreten und Ebert von ihm zum Reichskanzler ernannt worden war. Scheidemann hatte inzwischen die Gelegenheit benutzt, von einem Fenster des Reichstages aus vor den demonstrierenden Arbeitern die Republik auszurufen, obwohl er und die übrigen Regierungssozialisten alles getan hatten, um die Revolution zu verhindern.

Die Verhandlungen um die Regierungsbildung

Am Nachmittag fanden sich im Reichstage die Mitglieder des Vollzugsausschusses der Obleute und die Mitglieder des USPD-Parteivorstandes ein, um im Fraktionszimmer der USPD ihr Hauptquartier aufzuschlagen. In einem großen Nebenraume hatte sich der Soldatenrat niedergelassen. Gegen 5 Uhr kamen bereits Deputationen des Soldatenrats, offenkundig angespornt durch die Sozialdemokraten *Antrick* und *Cohen-Reuß*, um die USPD aufzufordern, gemeinsam mit den Sozialdemokraten eine Regierung zu bilden. Zunächst waren sich alle Teilnehmer unseres Kreises in Anwesenheit von Liebknecht und mir einig, daß eine solche gemeinsame Regierung mit den Sozialdemokraten unmöglich sei. Aber bald wurden doch Stimmen laut, darunter besonders die des aus Hamburg gekommenen *Paul Dittmann* (ein Bruder von Wilhelm Dittmann), daß es doch im Interesse der Revolution läge, wenn eine solche gemeinsame Regierung gebildet würde.

Da ohne *Haase*, als einem der Parteivorsitzenden der USPD, keine endgültige Entscheidung gefällt werden konnte, so erbot sich *Dittmann*, ihn in einem Militärauto von Kiel zu holen, wozu er jedoch verlangte, daß ihm ein Geleitschein ausgestellt und dieser zu seiner Sicherheit auch von *Liebknecht* unterschrieben würde. Da auch wir ein Interesse an der Anwesenheit von *Haase* hatten, so gab *Liebknecht* zu diesem Geleitschein seine Unterschrift. Neben ihm unterschrieb noch *Scheidemann*. *Wilhelm Dittmann* benutzte später diesen Geleitschein zu dem plumpen Schwindel, daß er der Beweis für den Eintritt *Liebknachts* in die Regierung sei, obwohl er selber zugeben muß, daß dieser Geleitschein nur zur Heranholung von *Haase* diene, um über die Bildung der Regierung erst zu verhandeln.

Eduard Bernstein, der bei diesen Verhandlungen über die Regierungsbildung im Zimmer der Unabhängigen zugegen war, muß in seinem Buche „Die deutsche Revolution“ bestätigen, daß „*Karl Liebknacht* die Einladung, als Mitglied der radikalen Linken in das Kabinett einzutreten, schroff abgelehnt hatte“. Er machte dann allerdings den Schwindel, daß *Barth* Mitglied der Spartakusgruppe war und als solches in die Regierung eintrat. *Barth* hatte mit der Spartakusgruppe nie die geringste Gemeinschaft gehabt, wie das auch schon zur Genüge dargelegt wurde.

In kurzen Abständen erschienen immer wieder Deputationen des Soldatenrats mit scharfen Drohungen, daß die Soldaten eine Regierung bilden würden, wenn nicht sofort die gemeinsame Regierung zustande käme. Die Regierungsbildung sei schon deshalb dringlich, weil sie zum Abschluß des Waffenstillstandes an der Front notwendig sei, um dem weiteren Morden ein Ende zu machen. Es spielt hier die demagogische Agitation der Sozialdemokraten die entscheidende Rolle. *Ledebour* sprach ihnen jedes Recht der Regierungsbeteiligung ab und war absolut fest in der Verweigerung der Bildung einer gemeinsamen Regierung mit ihnen. *Haase* kam erst am späten Abend von Kiel zurück. Er lehnte zunächst auch den Eintritt in die Regierung ab, weil die inzwischen bekanntgegebenen Waffenstillstandsbedingungen so ungeheuerlich seien, daß es nicht klug wäre, die Verantwortung von der USPD dafür zu übernehmen. Aber er ließ doch diesen

Einwand fallen und erklärte sich am nächsten Tage für die gemeinsame Regierung mit den Mehrheitssozialisten.

Gegen 7 Uhr erschienen in unserem Sitzungszimmer *Scheidemann* mit *Brolat*, *Heller* und *Schulz*, um sich wegen unserer Stellungnahme zu erkundigen, wobei er darauf hinwies, daß sofort nach Bildung einer Regierung diese ihre Bevollmächtigten mit einem Flugzeug an die Front schicken könne, um den Waffenstillstand abzuschließen. Er teilte ferner mit, daß von den Sozialdemokraten er, *Ebert* und *Landsberg* zum Eintritt in die Regierung bestimmt seien.

Von Soldaten- und Arbeiterdeputationen, die immer wieder in unserem Zimmer erschienen, wurde ein außerordentlich starker Druck auf den Genossen *Liebknecht* ausgeübt, in die Regierung einzutreten, weil besonders sein Name dazu beitragen würde, daß der Waffenstillstand sofort abgeschlossen würde und er es doch nicht verantworten könne, wenn durch seine grundsätzliche Weigerung auch nur noch ein Soldat wegen Hinauszögerung des Waffenstillstandsabschlusses sein Leben verliere. Allem Anschein nach war auch diese Argumentation von den Sozialdemokraten inszeniert worden. *Liebknecht* befand sich in einer außerordentlich bedrängten Lage, in der er sich entschied, Bedingungen zu formulieren, unter denen eine gemeinsame Regierung, wenn auch nur für drei Tage, zum Abschluß des Waffenstillstandes möglich sei. Die *Bedingungen*, die gemeinsam aufgestellt wurden, lauteten:

1. Deutschland soll eine soziale Republik sein.
2. In dieser Republik soll die gesamte legislative, exekutive, jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.
3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.
4. Die Beteiligung der Unabhängigen gilt nur für drei Tage als ein Provisorium, um eine für den Abschluß des Waffenstillstandes fähige Regierung zu schaffen.
5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts.
6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts.

Als Scheidemann diese Bedingungen unterbreitet wurden, erklärte er, daß er nicht glaube, daß sich seine Fraktion darauf einlassen werde. Er wolle sie ihr aber vortragen und Antwort geben. Antwort erfolgte gegen 9 Uhr, und sie enthielt folgendes:

Zu 1: Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik, indessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden.

Zu 2: Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teiles einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.

Zu 3: Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volkserhebung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde.

Zu 4: Wir halten ein Zusammenwirken der sozialistischen Richtungen mindestens bis zum Zusammentritt der Konstituante für erforderlich.

Zu 5: Dieser Forderung stimmen wir zu.

Zu 6: Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder, indessen hat die konstituierende Versammlung darüber zu entscheiden.

Da die Antwort eine ablehnende zu den aufgestellten Bedingungen war, so kam für Liebknecht ein Eintritt in die Regierung, auch für die befristeten drei Tage, überhaupt nicht in Frage. Alle Gerüchte, daß Liebknecht sich zum Eintritt in die Regierung bereit erklärt hätte, entbehrten jeder Grundlage. Für Liebknecht kam es darauf an, die ihn bedrängenden Arbeiter und Soldaten durch die aufgestellten Bedingungen, deren Abhinderung durch die Regierungssozialisten sicher war, zu überzeugen, daß eine gemeinsame Regierung mit ihnen nicht möglich, sondern nur eine Unterstützung der Konterrevolution sei. Inzwischen war die Nachricht eingetroffen, daß von Spartakusisten die Redaktion des stockreaktionären „Berliner Lokal-Anzeigers“ besetzt worden sei und die zweite Abendausgabe „Berliner Lokal-Anzeigers“ vom 9. November als Nummer 1 „Roten Fahne“ erscheinen werde. Die Unabhängigen hatten

die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ besetzt und diese Zeitung unter dem Namen „Die Internationale“ herausgegeben. Auch die Redaktion der „Berliner Allgemeinen Zeitung“ war von ihnen besetzt worden, die sie unter diesem Titel als Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei herausgaben.

Die erste Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte

Am 9. November, abends 10 Uhr, fand im großen Saal des Reichstagsgebäudes die erste Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte statt, deren Zusammensetzung eine recht zufällige und gemischte war. Keiner der Anwesenden war von einer Körperschaft als Rat gewählt worden. Trotzdem machte die Versammlung einen recht imposanten Eindruck, wobei der feldgraue Rock ziemlich aufdringlich in Erscheinung trat. Die meisten Soldaten, unter ihnen nur wenige Sozialisten, waren sich der Bedeutung dieses Augenblicks kaum bewußt, den meisten war es kaum mehr als ein interessantes Erlebnis. Die Versammlung wurde von Barth mit einigen kräftigen Worten eröffnet, die begeisterte Zustimmung fanden. Aber schnell offenbarten sich die Gegensätze, die zwischen den Arbeitern und Soldaten über Ziel und Aufgaben der Revolution bestanden. In dieser Versammlung erschien auch der inzwischen aus dem Gefängnis befreite Oberleutnant Walz, der den Revolutionsplan der Obleute bei seiner Verhaftung an die Militärbehörde verraten hatte. Obwohl der auch aus dem Gefängnis befreite Däumig genau über den Verrat unterrichtet war, hielt er es nicht für notwendig, dies bekanntzugeben, so daß es Walz möglich war, in dieser Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte aufzutreten, um Anweisungen für die nächsten Maßnahmen zu erteilen, und er sogar in den Soldatenrat gewählt wurde und, wenn auch nur für ganz kurze Zeit, sozusagen die Rolle des militärischen Oberbefehlshabers bekleiden konnte.

Die Versammlung beschloß nach einer ziemlich wirren Diskussion, daß sich am Sonntag, dem 10. November, die Soldaten in den Kasernen und die Arbeiter in den Betrieben versammeln

sollten, um ihre Räte für die am Sonntag, dem 10. November, nachmittags 5 Uhr, im Zirkus Busch stattfindende zweite Arbeiter- und Soldatenräteversammlung zu wählen, in der die Wahl des Vollzugsrats und der Regierung vorgenommen werden sollte.

Die Konterrevolution auf dem Marsch

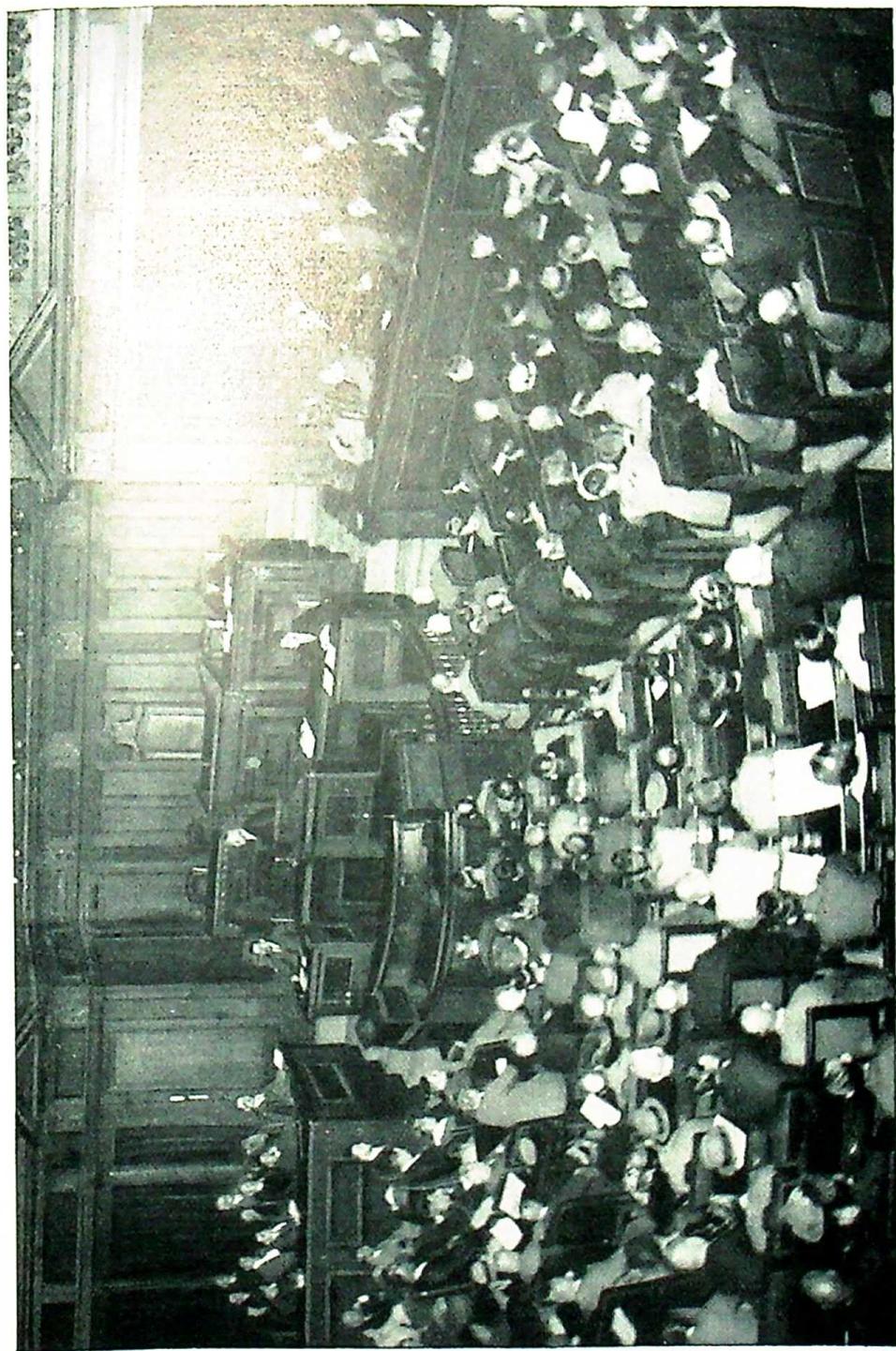
Die Sozialdemokraten waren sehr eifrig am Werke, um die politische Unwissenheit der Soldaten zur Befestigung ihrer Position auszunutzen, wobei sie besondere Propaganda für die paritätische Zusammensetzung der Regierung aus SPD und USPD machten. Sie fuhrten am Sonntag, dem 10. November, morgens in aller Frühe in die Kasernen und bestellten die gewählten Soldatenvertreter zu Sonntagmittag in das „Vorwärts“-Gebäude, um sie für die Versammlung im Zirkus Busch zu bearbeiten. Die USPD unternahm so gut wie nichts zur Bearbeitung der Soldaten und Arbeiter, und die Spartakusgruppe war zahlenmäßig zu schwach, um eine ausgedehnte Agitation entfalten zu können. Wir bereiteten ein Flugblatt vor, das in der Zirkus-Busch-Versammlung verbreitet werden sollte, in dem die Aufforderung enthalten war, bei der Wahl des Vollzugsrats und der Provisorischen Regierung keine Stimme einem Sozialdemokraten und auch keine Stimme denen zu geben, die mit Bürgerlichen oder Sozialdemokraten bereit seien, eine Regierung zu bilden.

Die Verhandlungen über die Bildung einer Regierung wurden am Sonntagvormittag zwischen den Sozialdemokraten und der USPD wiederaufgenommen, und schließlich erklärten sich Haase, Dittmann und Barth bereit, neben Ebert, Scheidemann und Landsberg in die Regierung einzutreten. Die zugrunde gelegten Bedingungen lauteten: 1. Das Kabinett besteht nur aus Sozialdemokraten, die als Volkskommissare gleichberechtigt sind. 2. Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem Reiche alsbald zusammenzurufen sind. 3. Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst nach Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

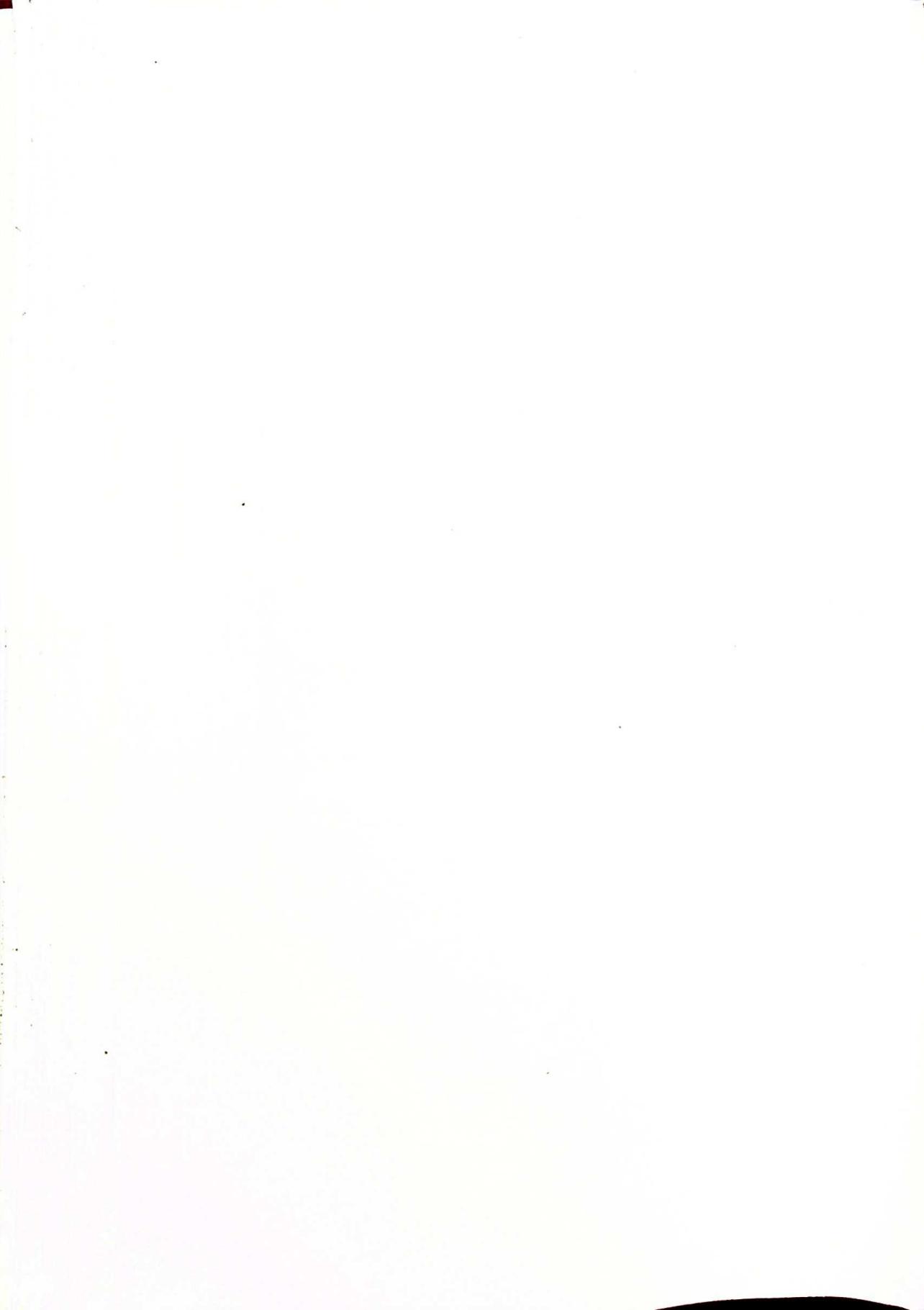
Die zweite Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte

Die Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch, die am 10. November, nachmittags 5 Uhr, begann, war trotz der inzwischen erfolgten Wahlen ebenso gemischt wie die am Tage vorher im Reichstagsgebäude. Eine Kontrolle über die Teilnehmer wurde nicht ausgeübt, wobei wieder die Soldaten überwogen. Barth eröffnete die Versammlung und gab nach einigen Ausführungen Ebert das Wort, der wie der Rattenfänger von Hameln süße Schalmeien blies, um die Teilnehmer für die Vorschläge der Sozialdemokraten zu gewinnen, für die er das Verdienst der Revolution in Anspruch nahm. Dann sprach Haase, wenig eindrucksvoll, und nach ihm Liebknecht, der die Arbeiter und Soldaten dringend warnte, vertrauensselig zu sein, denn die Konterrevolution sei bereits mitten unter ihnen, womit er ziemlich eindeutig die Sozialdemokraten bezeichnete. Natürlich wurden seine Ausführungen, besonders von den Soldaten, mit steigendem Lärm erwidert.

Der Vollzugsrat hatte eine Liste des neuen Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte zusammengestellt, auf der auch Liebknecht, Luxemburg, ich und einige andere Spartakusleute vorgeschlagen wurden, aber keine Sozialdemokraten. Als diese Liste zur Verlesung gelangte, drangen die Soldaten mit erhobenen Gewehren und Säbeln gegen das Präsidium vor und forderten eine paritätische Zusammenstellung des Vollzugsrats, von Sozialdemokraten und Unabhängigen. Barth schrie, er werde sich eher eine Kugel durch den Kopf schießen, als mit den Sozialdemokraten in den Vollzugsrat eintreten, und wollte sein Amt als Vorsitzender niederlegen. Dabei hatte sich Barth kurz vorher damit einverstanden erklärt, mit den Sozialdemokraten gemeinsam in eine Regierung einzutreten. Liebknecht lehnte für die Spartakusgruppe ab, mit den Sozialdemokraten im Vollzugsrat zusammen zu arbeiten. Die Versammlung wurde immer turbulenter, so daß ein Verhandeln überhaupt ausgeschlossen war. Unter diesem Tumult wurde schließlich der Vollzugsrat aus sechs Unabhängigen und sechs Sozialdemokraten sowie zwölf Vertretern der Soldaten, die fast nur sozialdemokratisch eingestellt waren, gewählt, so daß die überwiegende Mehrheit des Voll-



Wilhelm Pieck spricht zum Panzerkreuzer-Volksentscheid auf der Betriebsräte-Informationskonferenz
im ehemaligen Herrenhaus am 4. September 1928



zugsrats aus konterrevolutionären Elementen bestand. Der Rat der Volksbeauftragten wurde in diesem Tumult so gewählt, wie vorher vereinbart war. Auch ein „Aufruf an das Volk“ wurde noch beschlossen.

II. DIE GRUNDUNG DER PARTEI

„Die Rote Fahne“ voran

Am 9. November war von Spartakusgenossen mit Hilfe von revolutionären Arbeitern und Soldaten die Druckerei und die Redaktion des kriegsbegeisterten und generalstabstreuen „Berliner Lokal-Anzeigers“ besetzt worden, die diese Zeitung noch am Abend unter dem Namen „Die Rote Fahne“ herausgaben. Am nächsten Morgen erschien deren zweite Nummer. Dem Inhaber dieses großen Zeitungsunternehmens war darüber zuerst der Schreck in alle Glieder gefahren, so daß er keinerlei Widerstand leistete.

Aber schon am nächsten Tage setzte er alle Hebel in Bewegung, um die Spartakusleute wieder aus seinem Hause herauszubekommen. Der sozialdemokratische Volksbeauftragte *Ebert* hatte eine solche Hochachtung vor dem kapitalistischen Eigentum, daß er sofort den Hinauswurf von Spartakus aus dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ anordnete. Auf unsere Beschwerde bei dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz von *Däumig* und *Richard Müller* tagte, ordnete dieser zwar den Weiterdruck im „Berliner Lokal-Anzeiger“ an, aber offensichtlich wollte er seiner Anordnung keinerlei Nachdruck verschaffen, obwohl der Vollzugsrat der Regierung übergeordnet war.

Als am 11. November *Rosa Luxemburg* und *Karl Liebknecht* ihre Redaktionstätigkeit für „Die Rote Fahne“ im „Berliner Lokal-Anzeiger“ aufnehmen wollten und sich dabei auf die Anordnung des Vollzugsrats beriefen, nahm das Setzer- und Druckerpersonal in einer Betriebsversammlung dagegen Stellung, wobei unsere beiden Genossen in der gemeinsten Weise beschimpft wurden. Die Firma hatte sich bereits militärischen Schutz herangeholt, und es hätte nicht viel gefehlt, so wären

bereits am dritten Tage der Revolution Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wieder verhaftet worden. Auch durch eine erneute Anordnung des Vollzugsrats ließ sich die Firma nicht zwingen, den Druck der „Roten Fahne“ auszuführen, so daß genau eine Woche verging, bevor es gelang, in einer anderen bürgerlichen Druckerei (Lehmann, Königgrätzer Straße) eine Druckgelegenheit für „Die Rote Fahne“ zu finden, die dann erst am 18. November wieder erschien.

Die Spartakusführer wieder zusammen

Am späten Abend des 10. November trafen sich in den Redaktionsräumen des „Berliner Lokal-Anzeigers“ eine Anzahl Spartakusgenossen, die während des Weltkrieges einen entschlossenen Kampf gegen die Kriegspolitik der SPD und gegen den Krieg geführt hatten und die deswegen in die Kerker geworfen, ins Heer gesteckt oder aus dem Lande vertrieben worden waren. Karl Liebknecht war von der Regierung am 21. Oktober aus dem Zuchthaus entlassen und Leo Jogiches am 9. November von Genossen aus dem Gefängnis Moabit herausgeholt worden. Ich war am 27. Oktober aus Holland aus der Emigration zurückgekehrt, und am 10. November, abends gegen 10 Uhr, traf die Genossin Rosa Luxemburg aus Breslau ein, wo sie ebenfalls durch die Revolution aus ihrer langjährigen Kerkerhaft befreit wurde. Außerdem war noch eine Anzahl Genossen und Genossinnen anwesend. So froh alle Genossen waren, wieder die Gelegenheit zu gemeinsamer Tätigkeit und die Führer der Spartakusgruppe wieder in ihrer Mitte zu haben, so konnte doch eine rechte Freude nicht aufkommen. Die Worte, die Karl Liebknecht vor wenigen Stunden in der Zirkus-Busch-Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, wo die Regierung gewählt wurde, zu den Arbeitern und Soldaten gesprochen hatte: „Die Konterrevolution ist mitten unter euch“, waren nur allzu wahr. Zwar war die Monarchie gestürzt und der Krieg beendet, aber es fehlte die Kraft, um aus der halben eine ganze Revolution zu machen, den Klassenverrat der sozialdemokratischen Führer niederzuschlagen und die wirkliche Macht der Arbeiter- und Soldatenräte aufzu-

richten. Spartakus hatte wohl seinen großen Anteil an diesem Zusammenbruch der Militärmonarchie und an der Beendigung des Krieges, aber es fehlte ihm die Massenorganisation, mit der er nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich seine Aufgabe hätte erfüllen können. So konnte Spartakus nur agitatorisch den Arbeitern ihre Aufgaben aufzeigen, sie vor dem Klassenverrat der SPD-Führer warnen und mit der Organisierung der Revolution beginnen. An diese Arbeit ging Rosa Luxemburg sofort am nächsten Tage heran.

Gründung der Spartakuszentrale

Am Montag, dem 11. November, fand in einem Zimmer des Hotels „Exzelsior“ am Anhalter Bahnhof eine Sitzung statt, in der die Zentrale des Spartakusbundes gebildet wurde. Die Spartakusbewegung hatte während des Krieges einen solchen Umfang angenommen, daß Leo Jogiches vorschlug, den bisherigen Namen „Gruppe Internationale“ (Spartakusgruppe) in „Spartakusbund“ umzuändern. Der Bund war aber noch keine Parteiorganisation, sondern seine Mitglieder gehörten organisatorisch zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Bund war aber innerhalb dieser Partei eine geschlossene Propagandaver einigung. Es wurde dafür auch eine Mitglieds-karte herausgegeben, ohne aber laufende Beiträge zu erheben. Natürlich mußte dieser Zustand bei der freieren Betätigung, die durch die Beendigung der Militärdiktatur möglich war, zu Konflikten innerhalb der USPD führen.

Aber Rosa Luxemburg hielt es für nützlich, daß die Spartakusgenossen solange wie möglich in der USPD blieben, um diese für die Spartakusauffassungen zu gewinnen und um zu vermeiden, daß der Spartakusbund noch selbst eine neue Parteiorganisation schuf. Das hatte allerdings zur Voraussetzung, daß es Spartakus gelang, entweder die alten USPD-Führer für seine Auffassungen zu gewinnen, was ziemlich aussichtslos war, oder aber sie von der Führung wegzudrängen, wozu die gründliche Vorbereitung eines Parteitages gehörte. Auf dieses letztere Ziel war auch die Arbeit Rosa Luxemburgs gerichtet. Es galt also